

Metallarbeiter-Zeitung

Organ für die Interessen der Metallarbeiter

Publikationsorgan des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes u. d. Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementspreis pro Quartal 1 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Verantwortlich für die Redaktion: Joh. Scherm.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Rätestraße 18 b.
Telephonruf: Nr. 3392.

Inserate für Stellenvermittlung
Preis der sechsgespaltene Kolonetzelle 1 Mark.
Geschäftsinsere finden keine Aufnahme.

250000.

Die Arbeiterfrage.

Zu den ersten Schriften der modernen sozialen Literatur gehört das über 400 Seiten starke Buch von Friedrich Albert Lange über die Arbeiterfrage, das heute noch von jedem Arbeiter, von jedem Mann, der sich mit der sozialen Frage beschäftigt, mit großem Nutzen gelesen werden kann.

Am 21. November sind es 30 Jahre, daß Lange in Marburg, wo er an der Universität als Professor der Philosophie gewirkt hatte, gestorben ist. Vorher war er, der schon in der Jugend jahrelang mit seinen Eltern in Zürich gelebt, eine Reihe von Jahren in der Schweiz, besonders in Winterthur und Zürich, wo er als Redakteur, Gymnasial- und später als Universitätsprofessor wie als Politiker und Parlamentarier eine hervorragende und vielseitige Tätigkeit entfaltete. In Deutschland war er zuerst Privatdozent an der Universität in Bonn, dann Gymnasialprofessor, Handelskammersekretär und Redakteur in Duisburg. Hier trat er auch mit der Arbeiterfrage in näheren Verkehr, hielt Vorträge und wurde mit Bebel bekannt, mit dem zusammen er eine Zeit lang im ständigen Ausschusse der deutschen Arbeitervereine saß. Bebel schrieb über Lange an dessen Biographen, Professor Glitschen in Marburg, in einem Briefe vom 11. November 1889: „Was meinen persönlichen Verkehr mit Lange betrifft, so muß ich bekennen, daß ich selten einen sympathischeren Menschen kennen gelernt habe als ihn. Ein Mann, dem die Ehrlichkeit, Gradheit und Offenheit auf der Stirne geschrieben stand und der im Umgang von dem liebenswürdigsten Benehmen war. Auf dem Arbeitervereinstag zu Leipzig lernte ich ihn persönlich zuerst kennen und wurde von da ab bis zum Jahre 1867, wo er seinen Wohnort Duisburg verließ und nach Winterthur übersiedelte, Kollegen im ständigen Ausschusse. Auf dem Arbeitervereinstag zu Leipzig, auf welchem auch einige Lassalleaner, deren Gegner ich damals war, vertreten waren, kam es zwischen der beiden Parteien der „Selbsthilfe“ und der „Staatshilfe“ zu heftigen Kämpfen, die zu sehr turbulenten Szenen zu führen drohten, und da war es Lange, der mit großem Takt als Vermittler eingriff und die Streitenden auseinander brachte. Lange war auf beiden Seiten gleich beliebt, und wenn auch seinen Vermittlungs- und Ausgleichungsveruchen keine Folge gegeben wurde — dazu waren beide Teile zu sehr verbissen und zu wenig geneigt, in ihren Anschauungen nachzugeben —, so genoß er doch nach wie vor die beiderseitige höchste Achtung und ein Wort von ihm fand jederzeit Beachtung.“ Lange betrachtete die Selbsthilfe und die Staatshilfe nicht als zwei einander gegenseitig sich ausschließende, sondern sehr zutreffend als zwei sich gegenseitig ergänzende Faktoren, eine Auffassung, über die seit Jahrzehnten die deutschen Arbeiter nicht mehr diskutieren, sondern die sie einfach praktisch betätigen.

Die Arbeiterfrage erschien anfangs 1865 in erster Auflage als bescheidene Broschüre; die späteren Auflagen benutzte Lange zur Umarbeitung und bedeutenden Erweiterung seiner Schrift, so daß sie zu einem Buche und zwar zu einem geistig gehaltenen, äußerst anregenden und belehrenden Buche wurde. Es ist in folgende sieben Kapitel gegliedert: 1. Der Kampf ums Dasein. 2. Der Kampf um die bevorzugte Stellung. 3. Glück und Unglückseligkeit. 4. Die Lebenshaltung. 5. Kapital und Arbeit. 6. Eigentum, Erbrecht und Bodenrente. 7. Von der Lösung der Arbeiterfrage. Dieses letzte Kapitel enthält die Quintessenz und Schlussfolgerungen des ganzen Buches. Kein Fürst, führt er hier aus, kein Minister, kein Revolutionär, kein Parteiführer hat die Arbeiterfrage gestellt, sondern sie ist aus den sozialen Zuständen einerseits und aus dem allgemeinen Zeitbewußtsein andererseits mit Naturnotwendigkeit hervorgetreten und hat sich so allmählich und so allgemein der Gemüter bemächtigt, daß man sie als eine Zeitfrage vom ersten Range anerkennt und glaubt, auch wenn man glaubt, daß die wahre Lösung darin bestehen möchte, die Unlösbarkeit der Frage zu erkennen und zum allgemeinen Bewußtsein zu bringen. Die Arbeiterfrage ist der Kern der sozialen Frage und die soziale Frage, obwohl sie sich nicht allein auf die Arbeiter der Industrie bezieht, ist doch, soweit sie heutzutage überhaupt einen Sinn hat, durch und durch von der Arbeiterfrage beherrscht und bestimmt. Sehr gut meint Lange, wenn man die Staatsmänner und Realpolitiker, die Fabrikherren und Gründer nebst ihren ergebenden Dienern in der Presse ganz heimlich und vertraulich bei Kundgebung ihrer wahren Ansicht belauschen könnte, so würden die meisten sagen: „Die Arbeiterfrage ist die Frage: wie bringen wir die Arbeiter zu ihrer früheren Zufriedenheit wieder zurück? Natürlich mit dem Minimum von Opfern und Kosten und so, daß sie nicht übermüht werden!“

Aber auch für weitherzigere und tiefer blickende Sozialpolitiker ist die Arbeiterfrage vor allen Dingen eine konservative Frage. Man erkennt in der Stimmung der Arbeiter eine Gefahr für den Staat und für die bestehende Ordnung der Gesellschaft; man geht von dem Gesichtspunkt aus, daß vor allen Dingen der Staat in seiner gegenwärtigen Verfassung und die Gesellschaft in ihrem gegenwärtigen Bestand erhalten werden sollten; man ist aber bereit, dafür nicht nur im Notfall erhebliche Opfer zu bringen, sondern man findet es auch ganz gerechtfertigt, daß die Arbeiter mit ihrer gegenwärtigen Lage unzufrieden sind. Man glaubt, daß sich mit der Einführung einiger neuer Räder in die Staatsmaschine oder mit einer Erfindung auf dem Boden der „Selbsthilfe“ die wirklichen Ursachen der herrschenden Unzufriedenheit beseitigen lassen; das übrige muß dann die Aufklärung der Arbeiter oder die Förderung der Volksbildung tun.

Lange beleuchtet die verschiedenen Theorien, wie die Malthusische von der Überbevölkerung, die Schulze-Devisch von der ausschließlichen Selbsthilfe durch Genossenschaften, die Bedeutung der Konsumvereine für die Arbeiter, die Genossenschaften, die Stellung der Arbeiter in den sogenannten Arbeiterbildungsvereinen bürgerlicher Couleur, die konstitutionelle Fabrik, die Einigungsämter u. s. w. Im Konsumverein erblickt er für die Arbeiter nur die Vorschule zur Unternehmerngenossenschaft, das heißt zur genossenschaftlichen Produktion durch die Arbeiter selbst. Entschieden fordert er, daß die Konsumvereine Sache der Arbeiter sein, durch sie selbst geleitet und verwaltet werden

sollen und nicht etwa durch Fabrikanten. Es muß im Arbeiter das Selbstgefühl des Gebildeten geweckt und die Bande der Abhängigkeit, unter denen er leidet, verringert werden. Rückständig und schwach geistig ist die Art, wie die Arbeiter in den sogenannten Arbeiterbildungsvereinen von oben herab durch die Herren behandelt und beleidigt werden. Die Arbeiter sollen Politik treiben und durch Teilnahme am öffentlichen Leben im Staat und besonders auch in der Gemeinde das Selbstgefühl erlangen, dessen sie zu ihrer freieren und besseren Entwicklung bedürfen. Die konstitutionelle Fabrik betrachtet er als die wichtigste Vorbereitung zur republikanischen Verfassung der Fabrik, das heißt zur allgemeinen Einführung von Produktiogenossenschaften auf Rechnung der Arbeiter. Bedenklich scheint ihm die Neigung der Arbeiter, ihr Recht auf dem bequemeren Wege der Entscheidung durch Staatsbeamte, Gerichtshöfe oder auch durch private Schiedsgerichte zu erreichen, als durch jene Kämpfe der Arbeitseinstellungen, welche sie schon so oft mit herrlichem Mut und unglaublicher Aufopferungsfähigkeit durchgeföhrt haben. „Sie müssen nicht, wie viel sie in ihrer eigenen stitlichen Kraft und damit in ihrer ganzen sozialpolitischen Stellung diesen Kämpfen verdanken; denn sie kämpfen nicht, um sich zu üben und sich geistig zu erheben, sondern, wie natürlich, um ihren Zweck zu erreichen. Gleichwohl aber gewinnen sie durch den Kampf selbst etwas wichtigeres als das nächste Ziel, nach welchem sie trachteten; und wenn sie es in England schon jetzt erreicht haben, daß sie bei den Verhandlungen mit den Arbeitgebern nicht als eine tiefer stehende Klasse, sondern als gleichberechtigte Männer behandelt werden, so haben sie dies vor allen Dingen ihrer bewunderungswürdigen Haltung in den Lohnkämpfen zu verdanken. Auf dem gleichen Wege bildeten sie ihre politischen Fähigkeiten, und wenn die Arbeiter Englands es je erreichen, im Parlament nicht nur Vertreter, sondern auch Einfluß zu haben, so ist diese Frucht auf dem gleichen Boden erwachsen. Daher muß, wo die Entwicklung einmal diesen Gang geht, durchaus darauf gehalten werden, daß bei einer staatlichen Einmischung den Arbeitern nach wie vor Gelegenheit gegeben werde, in eigener Unternehmung und Prüfung aller einschlagenden Verhältnisse ihre Kräfte zu entwickeln und, wenn auch in geregelteren Bahnen, selbst für ihr Wohl zu wirken.“

Diese Auffassung ist durchaus richtig. Nur können wir in der Neigung der Arbeiter, die heute in Deutschland wie in England und in allen anderen Ländern besteht, Lohnkämpfe auf friedlichem Wege, also ohne Streiks, durchzuführen, nichts Bedenkliches erblicken, denn auch die friedliche Lohnbewegung ist eine Folge der bestehenden Interessen- und Klassengegenätze und eine Aktion des Klassenkampfes mit allen ihren notwendigen Folgen. Eine Verwechslung der Arbeiter, eine Verwässerung der Arbeiterbewegung können wir daher in der Neigung der Arbeiter, Lohnunterschieden, ja die ganze Umgestaltung der Arbeits- und Lohnverhältnisse und die Fortbildung des Arbeitsvertrags in Form der Lohnbewegung durchzuführen, nicht erblicken.

Schließlich stellt Lange fünf allgemeine Prinzipien zur Behandlung und Lösung der Arbeiterfrage auf. Das erste Prinzip ist die Anerkennung der Arbeiterfrage. Die Bestreben, die Arbeiter wieder zur Zufriedenheit zurückzubringen oder sie nach Franklin auf Fleiß und Sparsamkeit als die einzigen Mittel zur Verbesserung ihres Loses zu verweisen, lehnt Lange als völlig unbrauchbar, entschieden ab, ebenso aber auch den kapitalistischen Wohlfahrtschwandel. Das zweite Prinzip ist, jede einzelne Maßregel auf den Zweck einer wirklichen und vollständigen Emanzipation der Arbeiter aus ihrer unwürdigen Abhängigkeit von den Unternehmern zu richten, möge man sich nun das Ziel selbst in größerer oder geringerer Ferne vorstellen. Dies kann nur dadurch geschehen, daß die republikanisch oder konstitutionell verwaltete Fabrik herrschend wird oder doch wenigstens so stark vertritt, daß sie imstande ist, den Lohn anzugeben. Der kollektive Arbeits- oder Tarifvertrag, der Übergang der Konsumgenossenschaften zu mannigfaltiger Produktion scheinen uns geeignete Mittel hierzu zu sein. Das dritte Prinzip ist die gleichzeitige materielle, intellektuelle und moralische Hebung der Arbeiter. Unbedingte Verantwortung von Lange alle Schritte, die darauf berechnet sind, durch materielle Vorteile den Arbeiter wieder mit seinem bisherigen Zustand der Unwissenheit und Untermütigkeit auszuheben. Dagegen muß die Rechtsgleichheit, die bis jetzt nicht viel mehr als eine Phrase ist, in die Wirklichkeit übergeführt und in allen einzelnen Zweigen des öffentlichen Lebens ausgeprägt werden. Das vierte Prinzip ist dies, daß die Arbeiterfrage stets im Zusammenhang mit der allgemeinen sozialen Frage erfaßt werde, von der sie nur eine Erscheinungsform, wenn auch in ersterem Zeitalter die dominierende Erscheinungsform ist. Das fünfte Prinzip ist die Gewährung möglicher Freiheit der Bewegung für alle die Schritte, durch die sich die Arbeiter selbst aus ihrer bisherigen Dummheit und Erniedrigung zu erheben suchen.

Der Weg und die Mittel, die Lange mit seinen fünf Prinzipien für die Auffassung und Behandlung der Arbeiterfrage oder der sozialen Frage angibt, sind durchaus richtig und in dieser Richtung bewegt sich auch der Gang der Arbeiterbewegung. Dagegen sind unsere Gegner, sind die bestehenden und herrschenden Klassen immer noch weit von der Befolgung jener Prinzipien entfernt, obwohl 40 Jahre seit der Veröffentlichung der ersten Auflage der „Arbeiterfrage“ verstrichen sind. Man erblickt aus dieser Tatsache, wie hartnäckig ablehnend sie sich dagegen verhalten und wie daher alles, was seither trotz alledem auf sozialer Gebiet geschehen ist, ihnen durch den Druck und Zwang der Arbeiterbewegung abgerungen werden mußte.

Lange schließt: „Soll die Menschheit ewig mit der Barbarei wieder beginnen, wenn eine Kulturperiode sich ausgelebt hat und ein neues Zeitalter anfängt? Wir sagen nein! Es ist der Aufklärung der Gegenwart unwürdig, diesen Gedanken zu fassen. Von der Hand, welche jetzt dem Arbeiter sich hilfreich entgegenstreckt,

„Schon jetzt? — Wer hätte das gedacht!“
So, oder so ähnlich, werden die Ausrufe unserer Kollegen und Leser wohl lauten, wenn sie diese Nummer der Metallarbeiter-Zeitung zur Hand nehmen und auf die Zahl schauen, die die Höhe der Auflage unseres Verbandsorgans angibt. In der Tat, auch wir hätten noch bis vor kurzem nicht geglaubt, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband in so erfreulicher Weise an Mitgliedern zunehmen würde, daß eine so hohe Auflage des Verbandsorgans, der geistigen Waffe unserer Organisation, notwendig wird. Wir hatten freilich gehofft, daß mit Ende dieses Jahres unsere Auflage soweit steigen könnte. Um so besser, daß wir uns auch diesmal als „Schlechte Propheten“ erwiesen haben.

Die Zunahme erscheint um so erfreulicher, wenn man bedenkt, unter welchen Kämpfen sie zustande gekommen ist. Wohin wir blicken, überall Kampf. Man geht nicht zu weit, wenn man behauptet, daß gerade dieser immer schärfer werdende Kampf der Arbeit gegen das Kapital die Ursache des erfreulichen Wachstums unserer Organisation ist.

Es leben unsere Freunde, die Feinde!

Die neuere Taktik des Unternehmertums, auch auf die bescheidensten Forderungen der kleinsten Arbeiterkategorie mit großen Massenausparungen zu antworten, müssen ja selbst dem arglosesten und noch gänzlich unaufgeklärten Metallarbeiter die Augen öffnen und ihm zeigen, daß auch er nicht länger tatenlos zuschauen darf, wenn seine Kollegen den Kampf gegen das Kapital führen, daß auch er schwer betrogen wird, wenn er sich noch länger auf das „Wohlfühlen“ des Kapitals verläßt.

Nur ganz kurz wollen wir an das saubere Projekt des Herrn Menck, die Arbeiter nach dem WBC auszusperren, erinnern. Man konnte anfänglich glauben, daß es an seiner eigenen Väterlichkeit zugrunde gehen würde, so daß dadurch schon von selber jegliche Gefahr schwindet, daß diese Ausgeburt einer bis ins Groteske ausgearteten Unternehmernbrutalität jemals verwirklicht werden könnte. Das scheint aber nicht der Fall zu sein. Im Gegenteil! Der Herr Menck hat schon Parteigänger gefunden, die ihre Sympathie mit dem Projekt offen ausdrücken. Wer weiß, wie viele Unternehmer im Grunde ihres Kapitalistenherzens in der WBC-Aussperrung das einzige Mittel sehen, ihren liebensüchzwanzigmal geheiligten Profit vor den „groben Arbeiterkäufen“ zu schützen. Es ist darum noch keineswegs die Gefahr vorüber, daß es doch noch zu einem Versuch kommt, auf diese Weise die Arbeiterschaft in weiterer Knechtschaft zu erhalten. Ein gutes hat dies Projekt schon zur Folge gehabt: es hat schon viele Arbeiter veranlaßt, sich zu organisieren, und nicht zum mindesten viele bisher noch indifferente Metallarbeiter der einzigen Organisation zugeführt, die ihre Interessen nachdrücklich und rüchhaltslos vertritt,

dem Deutschen Metallarbeiter-Verband.

Noch eins hat uns die letzte Zeit gelehrt. Die letzte große Aussperrung in der Berliner Elektrizitätsindustrie hat gezeigt, daß gerade der Deutsche Metallarbeiter-Verband die Arbeiterorganisation ist, die den Haß des Unternehmertums am meisten auf sich geladen hat. Das zeigt uns nur, daß wir auf dem rechten Wege sind!

Viel Feind, viel Ehr!

Alle die Tatsachen, die wir in den vorstehenden Zeilen geschildert haben, zeigen deutlicher als die längsten Ausführungen, daß der Deutsche Metallarbeiter-Verband auf dem besten Wege ist, seiner Aufgabe, den Interessen der deutschen Metallarbeiter zu dienen, gerecht zu werden. Es liegt uns fern, behaupten zu wollen, daß Einzelheiten in seiner Einrichtung nicht besserungsfähig oder bedürftig seien. Das wäre törichte Verneinung. Nach wie vor müssen wir danach streben, unsere Gegner mit den besten und modernsten Waffen zu bekämpfen.

Zum Überflus wollen wir noch hervorheben, daß wir auch sehr wohl wissen, daß das, was wir soeben von dem Deutschen Metallarbeiter-Verband im allgemeinen sagten, nicht zum mindesten auch von seinem Organ, der Metallarbeiter-Zeitung gilt. Es schwebt uns stets vor Augen, daß es noch immer nicht ganz den Beschlüssen unserer letzten Generalversammlung entspricht. Es hieße indessen Schaumfächer in den Zentralverband Deutscher Industrieller tragen, wenn wir hier noch länger darüber ausführen wollten, daß es nicht immer ebenso leicht ist, Beschlüsse auszuführen, als sie zu fassen. Wir glauben indessen, daß wir die Geduld der Verbandsmitglieder nicht mehr lange auf die Probe zu stellen brauchen. Auch sind wir stets eingedenk unserer schweren und verantwortungsvollen, aber auch ehrenvollen Aufgabe, unter unseren Mitgliedern die nötige Aufklärung zu verbreiten, die sie befähigen soll, ihre wirtschaftlichen Kämpfe zu führen. In wie vielen Fällen ist nicht die Metallarbeiter-Zeitung das erste Arbeiterblatt, das einem neu für unsere Organisation gewonnenen, bisher noch indifferenten Kollegen in die Hand gedrückt wird. Wir wollen hier nur ganz kurz bemerken, daß verschiedene Projekte teils noch in Erwägung, teils schon in der Ausführung begriffen sind, die es uns ermöglichen sollen, den Inhalt der Metallarbeiter-Zeitung noch besser auszugestalten als bisher. Auch wir wollen nicht zurückstehen, wenn es heißt zu streben und zu ringen, um den Deutschen Metallarbeiter-Verband immer größer, immer stärker, immer kampffähiger zu machen. Frisch auf denn zu weiterem Kampfe, frisch auf zu fröhlicher Agitation, damit wir bald unser nächstes Ziel — nicht unser Endziel — erreichen: die

300000!

wird er einst auch das Palladium freieren Denkens und edlerer Sitte entgegennehmen. Eine neue Blüte der Kunst- und Wissenschaft, der Humanität und Gerechtigkeit wird sich über den Erdboden der verengten Weltordnung schnell und herrlich entfalten. Bildung und Brüderlichkeit werden dann die guten Geister sein, welche die Menschheit von Stufe zu Stufe aufwärts leiten...

Wirtschaftliche Rundschau.

Hauffe, Hauffe — sie ist das Kennzeichen der gegenwärtigen Wirtschaftslage im Deutschen Reich, besonders was die hier vertriebenen Industrien betrifft. Nimmt man dazu, daß nun auch wieder in Großbritannien eine Eisen- und Stahlaufschwung herrscht, daß aus den Vereinigten Staaten berichtet wird, die Vorkäufe in der Eisenindustrie überstreifen alles bisher Dagewesene, daß auch in Österreich noch immer eine gute Konjunktur vorhanden ist und schließlich auch in Italien viel geglaubt wird, dann kann man die Gefühle der internationalen Kapitalistenwelt, auch den Standpunkt der weltfremden Berliner Elektrizitätsdirektoren begreifen.

Zu Deutschland selbst warten sie aber nicht. Die allgemeine Preissteigerung der Rohmaterialien, Zwischen- und Fertigprodukte wurde inzwischen vervollständigt. So hat der Verein Deutscher Tempergießereien beschlossen, eine Preissteigerung um 3 Mk. pro 100 Kilogramm einzutreten zu lassen. Und die Rheinisch-Westfälische Zeitung kann in ihrem jüngsten Bericht über den Eisenmarkt sagen, daß die Werke stark in Anspruch genommen und in der glücklichen Lage sind, auf gute Preise halten zu können. Der Anschluß der Stabeisenwerke an den Stahlwerk-Verband ist noch immer nicht fertig. Gegenwärtig werden statistische Aufnahmen gemacht. Der Walzdraht-Verband wurde bis zum 31. März nächsten Jahres verlängert. Einige Mitglieder des Stahlwerk-Verbandes verlangen schon wieder eine allgemeine Erhöhung der Beteiligungsziffern um 5 Prozent.

Die Entwicklung der Selteneren Bergwerksgesellschaft nimmt ungeheuerliche Dimensionen an. Nachdem sie durch die Interessengemeinschaft mit dem Nachener Gütenverein Rote Erde und dem Schaller Gruben- und Gütenverein in die Eisenindustrie gekommen, streckt sie die Hand noch weiter aus. Ihr Aktienkapital soll um elf Millionen erhöht und außerdem soll eine Anleihe von 30 Millionen aufgenommen werden. Mit dem neuen Kapital wird sich die Gesellschaft zunächst eine Flotte verschaffen durch Ankauf eines Stauraumanteils der Schiffahrtsgesellschaft Naab, Karcher & Co. in Duisburg. Der größere Teil des neuen Kapitals wird zur Verstärkung der Betriebsmittel des Trups und — zur Beteiligung am Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk in Essen verwendet werden. Das ist ein feiner Schachzug, ebenso fein wie der Versuch des Stahlwerk-Verbandes, den Altisenhandel in die Hand zu bekommen. Dieser Versuch ist übrigens vorläufig gescheitert. Die Verhandlungen mit dem Eisenbahnministerium wurden eingestellt, weil dieser zu teure Preise verlangte. Auch andere Schwierigkeiten entstanden in der Verhandlung. Die Herrschaft über die elektrische Energie als Kraftquelle für die kleineren und mittleren Fabriken und Gütenwerke ist ebenso wertvoll als die Herrschaft über das Rohmaterial der Industrie und ihre Erlangung bereitet die zwangweise Konzentration der Unternehmungen vor. Nebenbei: je bedeutungsvoller das Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerk wird, desto mehr Ursache entsteht, zu bedauern, daß es nicht Eigentum einer öffentlichen Körperschaft oder des Staates ist. Zu verdammen ist es freilich nicht. Wenn selbst die Stadt Berlin überhäuft wurde und heute das Monopol der Berliner Elektrizitätswerke unter dem Kommando Rathenau in ihren Mauern hat, wer hätte in dem westfälischen Städtekonglomerat die Rettung vollziehen sollen? Heute sind sich die westfälischen Städte bereits der Gefahr bewußt, die ihnen von dem kapitalistischen Kieferwerk droht. Aber heute ist es vielleicht schon zu spät. Es wird für derartige Monopolunternehmungen auf dem Gebiet der elektrischen Energie wohl nichts anderes übrig bleiben als für den Bergbau, die Industrie ihres Rohmaterials: Die Verstaatlichung.

Die Rheinisch-Westfälische Zeitung tritt wieder einmal für die Kartellierung der Bergisch-Märkischen Kleinereisenindustrie ein, ist aber selbst der Meinung, daß die Aussichten dazu verhältnismäßig gering sind. Die Bezeichnung „guter Geschäftsgang und ungünstige Preise“ gilt, was die letzteren betrifft, nur für die kleinen Leute, die in bergischen Konzentrationen Vereinigungen nicht einnehmen, so daß ihnen daher die Preise zu niedrig sind.

Die Union, Aktiengesellschaft für Bergbau, Eisen- und Stahlindustrie zu Dortmund, eine der wachsenden Gründungen der deutschen Eisenindustrie, verteilt in diesem Jahre fünf Prozent Dividende, aber manche Leute sind der Meinung, dieser Betrag wäre besser zur Verminderung der Schäden der Gesellschaft verwendet worden. Die Baukosten sind im vergangenen Rechnungsjahr um 2 Millionen gestiegen. Als man dies dem Generaldirektor Mathies in der Generalversammlung nachrichtete, antwortete er, dem fände eine Verminderung der Ausschüttungen um 1 1/2 Millionen gegenüber. Außerdem seien im vergangenen Jahre für etwa 4 1/2 Millionen neue Anlagen geschaffen worden, die man zum großen Teil auf den Betrieb veranschlagt habe. Über das laufende Geschäftsjahr berichtete der Vorstand, daß die Kaufpreise außerordentlich lebhaft sei, am 1. Oktober lagen nahezu doppelt so viel Bestellungen vor als am gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Einige Bemerkungen des Generaldirektors über die Preise zeugen von den Anschauungen, denen man sich in seinen Kreisen hingibt, die Preise der Herren ist ja genügend bekannt. Die Preise im Inland nannte er „mäßig“. Es er dann aber auf das Exportgeschäft zu sprechen kam, sagte er: „Die hierbei erzielten Preise sind sehr gut; sie erreichen annähernd die Preise des Inlandes...“ Die Herren Direktoren glauben somit heute wirklich, es müsse so sein, daß sie im Inland teuer und im Ausland billig verkaufen!

Die Eisenindustrie zu Meppen und Schwerte verteilt 2 Prozent (im Vorjahr 0). Die Schweizer-Kölscher Eisenwerke verteilen 7 Prozent wie im Vorjahr. Die allgemeine Lage der Gesellschaft ist günstig. Vor noch nicht einem Jahre wurde der Vorstand und langjährige Generaldirektor Köhler der Westfälischen Stahlwerke Beschuldigung abgesetzt. Er hatte noch vierjährigen Kontrakt und prophezeit jetzt mit 130000 Mk. Entschädigung. Außerdem ließ er kürzlich eine Denkschrift über die Wirtschaft des Ruhrkreises erscheinen.

Siein recht lesenswertem Bericht veröffentlicht die Gasmotorenfabrik Deutz, die als internationalen Unternehmen in diesem Zweige an erster Stelle in Deutschland steht. Was zunächst die Ziffern betrifft, so ist der Reingewinn gesunken, er beträgt 1,4 Millionen gegen 2 Millionen im Vorjahr. Der Umsatz blieb in derselben Höhe, rund 12 Millionen. Der Reingewinn wird wie folgt verwendet: 25000 Mk. (wie im Vorjahr) zur Hilfskasse, 1048000 Mk. als sechsprozentige Dividende (im Vorjahr 1397000 Mk. = 8 Prozent), nicht weniger als 101000 Mk. als Lantien und 146000 Mk. als Vortrag auf neue Rechnung. Die Begründung des Widerspruchs zwischen Umsatz und Reingewinn lautet wie folgt: Die Preise sanken im allgemeinen (wenig glaubhaft) und die Generalanforderungen stiegen infolge erhöhter Anforderungen an Betrieb und Konstruktionsbureau. Demgegenüber war man bestrebt, die Konstruktionen der kleinen und mittleren Motoren zu vereinfachen. Diese Änderung brachte erhöhte Kosten mit sich, welche erst in den nächsten Jahren durch bessere und billigere Fabrikation Gesatz finden können. Die Debitoren sind wiederum gewachsen. Der Grund liegt in den dauernd verschlechterten Zahlungsbedingungen. Eine Vereinbarung, diese zu verbessern, ist bis heute nicht zustande gekommen. Im Bau von Gasmotoren hat die Gesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahr wesentliche Erfolge zu verzeichnen gehabt, jedoch entsprechen die bisher erzielten Preise nicht den Herstellungskosten und ist auch hierauf ein Teil des Mindereintrages zurückzuführen. Auch die Einführung der Drahtlohlenbrückenmotoren erhöhte die Ausgaben, doch kann mit Befriedigung festgestellt werden, daß die Bemühungen erfolgreich waren. Einige Zweige der Spezialkonstruktionen haben sich günstig entwickelt. Der Absatz an Spiritusmotoren nahm infolge Erhöhung des Spirituspreises ab, doch fand man Ersatz im Ausland. Die Tochtergesellschaften in Österreich, Italien und den Vereinigten Staaten scheinen betrieblidenden Profit geliefert zu haben, nicht so aber die jüngste Gründung der Gesellschaft, die Elektrische Wochenschriften-Gesellschaft in Berlin, die Häuserblöde mit Licht- und Kraftzentralen versieht. (Über die Straßen dürfen in Berlin nur die Berliner Elektrizitätswerke Strom leiten.) Über den Export nach anderen Ländern und die Aussichten sagt der Bericht: „Der Export nach Mittel- und Südamerika hat sich gehoben, und dürfte auch in Zukunft dort ein guter Markt gesichert sein, wenn nicht für uns ungünstige Handelsverträge geschlossen werden, die die Arbeit langer Jahre vernichten würden. Der Export nach Rußland nahm infolge des Krieges gegenüber dem Vorjahr ab, wird aber voraussichtlich im laufenden Jahre steigen, sobald die durch die Unruhen in Watu der Einführung von Rohstoffmaschinen entgegenstehenden Schwierigkeiten gelöst sind. Der vom 1. März nächsten Jahres ab wesentliche Erhöhter Einfuhr für Motoren wird die Einfuhr nach Rußland erschweren, namentlich wenn die russische Industrie, welche gegenwärtig noch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, den Bau der Motoren aufgenommen haben wird.“

In der Hauptversammlung der Görlicher Maschinenbauanstalt wurde die Dividende auf 5 Prozent festgesetzt. Der Vorstand sagte, das Werk sei im laufenden Jahre sehr gut beschäftigt. Über den Geschäftsabluß und die Pläne der Hannoverischen Maschinenbaugesellschaft vormals Egger & Co. ist noch einiges zu berichten, das insbesondere im Hinblick auf den Streit Interesse verdient. Nach 611 747 Mk. (im Vorjahr 535 175 Mk.) Abschreibungen beträgt der Reingewinn 1 563 179 Mk. (1 560 485 Mk.). der folgende Verwendung finden soll: wieder 25 Prozent Dividende = 1 060 775 Mk., 146 920 Mk. (147 090 Mk.) zur Reserve, 119 751 Mk. (119 626 Mk.) zu Lantien, wieder 100 000 Mk. zu Gratifikationen u. s. w. und 35 733 Mk. (35 224 Mk.) als Gewinnvortrag. Die Gesellschaft war dem Geschäftsbericht zufolge gut beschäftigt in der Abteilung Lokomotivbau; dagegen war die Beschäftigung im allgemeinen Maschinenbau in der ersten Hälfte des Jahres nicht ganz betrieblid, doch gelang es später, den Umsatz zu erhöhen. Die Preise für die Erzeugnisse dieser Abteilung waren jedoch gedrückt und deuten teilweise kaum die Selbstkosten; erst in den letzten Monaten sind die Verkaufspreise günstiger geworden. Die Gesellschaft hat sämtliche Auslandspatente auf den Diesel-Überhitzer sehr vorteilhaft verkauft, sich aber die Ausbeutung dieser Erfindung für das Deutsche Reich vorbehalten. Im laufenden Jahre soll mit dem Bau einer großen Gießerei und einer Montagehalle für die Abteilung Lokomotivbau begonnen werden. Der Umsatz betrug 11 810 000 Mk. (11 427 000 Mk.). Für Neubauten-entwürfen wurden aus den laufenden Mitteln rund 757 000 Mk. ausgewendet. In der Abteilung Lokomotivbau sei die Gesellschaft mit Aufträgen gut versorgt und die Abteilung allgemeiner Maschinenbau sei bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt. Jedoch habe ein inzwischen begelegter Streik der Gesellschaft Schaden zugefügt, dessen Höhe sich noch nicht übersehen lasse, der aber auf das Ergebnis des laufenden Geschäftsjahrs nicht ohne Einfluß bleiben werde. Sie in das neue Geschäftsjahr übernommene sowie die bis jetzt hinzugekommene Arbeitsmenge bessere sich auf rund 8 600 000 Mk.

Die Maschinenbaugesellschaft Humboldt in Kalk bei Köln macht ebenfalls einige interessante Ausprägungen. Die Dividende beträgt 7 Prozent (im Vorjahr 5 Prozent). Über das Geschäftsjahr wird gesagt, daß die sich allmählich bessernden Marktverhältnisse auch der Gesellschaft einen stetigen Eingang der Bestellungen brachten, wenn auch die Verkaufspreise noch immer sehr gedrückt blieben (man darf nicht vergessen, daß das Geschäftsjahr am 30. Juni abließ. Die Redaktion), während auf der anderen Seite die Arbeitslosigkeit durchweg erhöht wurde. Sehr beachtenswert ist das folgende: Während im Jahre 1903/04 für 10,1 Millionen Aufträge ausgeführt wurden und 1904/05 für 12,4 Millionen, sind seit dem 30. Juni schon für 10,5 Millionen Bestellungen eingegangen. Die Gesellschaft will deshalb ihr Aktienkapital mehr als verdoppeln, nämlich von 4 1/2 auf 10 1/2 Millionen erhöhen. Das ist eine ganz ungewöhnliche Entscheidung und durch sie wird die Maschinenbaugesellschaft Humboldt in die Reihe der größten deutschen Maschinenfabriken gebracht, vorausgesetzt, daß die Herrlichkeit von Dauer ist.

Die Maschinenfabrik Ralmedy & Co. in Düsseldorf wird nach einem recht günstigen Geschäftsjahr 6 oder 7 Prozent Dividende verteilen. Im Vorjahr gab es 6 Prozent.

Die Maschinenbauanstalt vormals Gebrüder Klein in Dahlbruch verteilt 4 Prozent gegen 5 im Vorjahr. Die Gesellschaft scheint an ihrer wüßigen Fikale in Riga Verluste erlitten zu haben.

Die Lage von Benz & Co., Rheinische Gasmotorenfabrik in Mannheim, hat sich in dem am 30. April abgelaufenen Jahre beträchtlich gebessert, obwohl der Reingewinn von 116000 Mk. zur Deckung des vorjährigen Verlustes verwendet werden muß. Der Motorbau gab 35000 Mk., der Radbau 60000 Mk. Reingewinn. Das Geschäftsjahr der Adler-Fahrradwerke vormals Heinz Meyer in Frankfurt a. M. ist im vorigen Monat zu Ende gegangen. Die Verwaltung erwartet eine Dividende noch um einige Prozent höher als die vorjährige, die 16 Prozent betrug.

Die Otto-Fahrradwerke in Köln-Klettenberg verteilen 7 Prozent (im Vorjahr 4 Prozent).

Das Alexanderwerk A. von der Rahmer in Remscheid, eine der großen Armaturenfabriken, erzielte letztes Rechnungsjahr 279000 auf 338000 Mk. und verteilt 7 Prozent gegen 6 im Vorjahr. Der Umsatz lag bei 600000 Mk. und betrug mehr als 5 Millionen.

Die Vereinigten Silberwarenfabriken Aktiengesellschaft in Düsseldorf verteilen 6 Prozent. Die Aussichten für das laufende Jahr sind günstig.

Die Vereinigten Freiburger Uhrenfabriken vormals Becker schlagen 4 Prozent Dividende vor (im Vorjahr 0). Dasselbe ist von der Westfälischen Metallindustrie Aktiengesellschaft in Bippstadt zu berichten, die auch mit guten Aufträgen für längere Zeit versehen ist.

Vom Schiffbau.

Nachdem der Anschluß des Werftarbeiter-Verbandes erfolgt ist, werden wir von nun an in gewissen Zeiträumen unter obigem Titel eine Übersicht über die Lage der Schiffbauindustrie bringen. Wie notwendig dies ist, geht schon aus den folgenden Zeilen hervor, die einen ersten Versuch zur Lösung dieser neuen Aufgabe darstellen.

Die Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen erzielte im Geschäftsjahr 1904/05 einen Bruttogewinn von 2025015 Mk. (1903/04 1617645 Mk.). Dazu kommen noch 26208 Mk. Zinsen und ein Vortrag von 1644 Mk. Zu Abschreibungen wurden verwendet 280710 Mk. (1903/04 210914 Mk.). Der Reingewinn beträgt 18710 Mk. Es werden 5 Prozent Dividende verteilt. Der Aufsichtsrat erhielt für seine schwere Arbeit 6576 Mk., dem Beamtenpensionsfonds und dem Arbeiterunterstützungsfonds wurden je 10000 Mk. überwiesen. Für „besondere Unterzügen“ an Beamte und Arbeiter wurden 2000 Mk. ausgeworfen. Mit dem Schluß des Geschäftsjahrs hat die Gesellschaft den Betrieb auf der alten Werft geschlossen und auf der neuen Werft eröffnet. Bei dem Verkauf der alten Einrichtungen wurden noch 350000 Mk. mehr erzielt als ihr Buchwert betrug. Diese Summe soll als Spezialreservefonds dienen.

Die Schiffswerft von R. C. Rickmers Aktiengesellschaft in Geestemünde, die sich bereits über ein Areal von 9,5 Hektar erstreckt, soll bedeutend vergrößert werden.

Die Werft von Tecklenborg, ebenfalls in Geestemünde, baut im Auftrag des Norddeutschen Lloyd einen Dampfer von 16000 Tonnen, der den Namen „Washington“ führen und ein Schweißschiff des „Großen Kurfürsten“ werden soll. Der Dampfer erhält Maschinen von 13000 Pferdestärken und soll 2250 Passagiere aufnehmen können. Für die zahlungsfähigen Kajütenpassagiere ist auf diesem Schiffe natürlich der raffinierteste Luxus vorgesehen. Augenblicklich sind 11 Dampfer von 39400 Tonnen und 30600 Pferdestärken in Bau. Auch diese Werft, die sich jetzt schon über ein Areal von 22 Hektar erstreckt und 1800 Arbeiter beschäftigt, soll soweit vergrößert werden, daß 3000 bis 4000 Mann beschäftigt werden können.

Auch auf dem Bremer Vulkan in Vegesack herrscht rege Tätigkeit. Der Gesamtumfang der gegenwärtig in Bau befindlichen Schiffe beträgt 55000 Brutto-Registertons. An der Ausführung dieser Aufträge hat die Werft noch in der zweiten Hälfte des nächsten Jahres zu tun.

Die Werft von Blohm & Voß in Hamburg hat im letzten Geschäftsjahr fünf Dampfer von 24572 Brutto-Registertons und 11900 Pferdestärken abgeliefert, außerdem ein Schwimmdock für Quala. Der große Kreuzer „Yor“ ist fertig, ein anderer, „D“, ist nebst sieben Dampfern und einem Segelschiff noch in Bau. Die Zahl der Beamten und Arbeiter hat im abgelaufenen Geschäftsjahr im Durchschnitt 3805 betragen gegen 3752 im Vorjahr. Nachdem umfangreiche Abschreibungen stattgefunden hatten, konnten immer noch 9 Prozent Dividende verteilt werden. Die Werft beabsichtigt, im neuen Geschäftsjahr ein Dock von 55000 Tons Tragfähigkeit zu bauen. Außerdem sind gewaltige Vergrößerungen im Werke. Es sollen allein für den Bau von Kriegsschiffen vier neue Hellinge angelegt werden.

Die Zeitung der Reichertig-Schiffswerft und Maschinenfabrik in Hamburg bedauert in ihrem neuesten Geschäftsbericht, „nur“ 5 Prozent Dividende verteilen zu können. Sie entschuldigt ihre Unterlassungssünde gegen das Kapital mit der scharfen Konkurrenz der Schiffswerften untereinander, mit den gesteigerten Ansprüchen der Reedereien für ihre Neubauten und mit den „ständig wachsenden Wohnforderungen ihrer Arbeiterchaft, ferner mit den stetig zunehmenden gesetzlichen Aufwendungen für Wohlfahrtszwecke“ (wer lecht da?). Deswegen sei die Werft gezwungen, auch fernerhin den Betrieb durch Schaffung modernster Einrichtungen zu vervollkommen, um die Arbeit produktiver zu machen. Auch diese Werft soll vergrößert werden. Zu dem Zwecke ist ein angrenzendes Terrain bereits angekauft worden. Abgeliefert wurden je ein Dampfer mit 7000 und 5000 Tons, ferner ein kleiner Fracht- und Passagierdampfer für eine brasilianische Gesellschaft. Zu Bau waren am Schluß des Geschäftsjahrs noch der Fracht- und Passagierdampfer „Savaria“ und ein Frachtdampfer von 7500 Tons Tragfähigkeit. Außerdem waren noch mehrere Schiffe in Reparatur. Im Oktober lief ferner noch der Dampfer „Santa Rita“ vom Stapel. Das Schiff hat 7000 Tons Ladefähigkeit und ist für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft bestimmt.

Auch die übrigen hamburgischen Werften haben gut zu tun. Bei H. Brandenburg ist eine ganze Anzahl kleinerer Fahrzeuge in Bau. Außerdem hat die Firma im Oktober noch von der Vereinigten Bugfeger- und Frachtschiffahrtsgesellschaft den Auftrag auf Lieferung von drei großen Leichtern erhalten. — Bei Janssen & Schminsky lief im Oktober ein Fischdampfer und am 5. November ein Schleppdampfer vom Stapel. — Auch bei H. C. Stücken Sohn lief Anfang November ein Fischdampfer vom Stapel. An neuen Aufträgen sind ein Schleppdampfer und ein Fischdampfer zu verzeichnen. — Bei J. H. W. Wichorff ist im Oktober eine Desinfektionskutsche für den Hamburger Staat vom Stapel gelaufen.

Wie bekannt, will der Stettiner Vulkan in Hamburg eine Füllwerft anlegen und hat zu diesem Zwecke von dem Hamburger Staate im südlichen Hafengebiet ein Areal von 23,2 Hektar gepachtet. Die Wierze soll während der ersten 25 Jahre pro Quadratmeter 50 Pf. und während der folgenden 25 Jahre 70 Pf. betragen. Außerdem erhält der Vulkan das Recht, vor der Werft zwei große Schwimmdocks zu platzieren. Den erforderlichen Hafeneinchnitt von 210 Meter Breite und 9,8 Meter Tiefe stellt der Staat unentgeltlich her. Zur Deckung der Kosten hat der Senat bei der Bürgerschaft die Bewilligung von 6910000 Mk. beantragt. Beim Bundesrat soll um Ausföhrung des Werftareals aus dem Zollgebiet nachgesucht werden.

Auch die kleine Eiderwerft in Tönning ist flott beschäftigt. Im abgelaufenen Geschäftsjahr erzielte sie einen Bruttogewinn von 396262 Mk. Zur Abschreibung und Verteilung gelangten 162958 Mk. Deswegen gab es „nur“ 4 Prozent Dividende. Abgeliefert wurden vier Dampfer von 6000 Tons Tragfähigkeit. In 17 Schiffen wurden Reparaturen ausgeführt. Die teilweise recht veralteten und unzureichenden Einrichtungen wurden verbessert und erweitert. Das Aktienkapital soll durch Aufnahme einer Anleihe erhöht werden. Für das laufende Geschäftsjahr ist die Werft völlig mit Aufträgen versehen. Die Zahl der Arbeiter beträgt 600.

Bei den Nordseewerken in Emden sind im September sechs große Schleicher bestellt worden.

Auch im Dösegebiet herrscht rege Tätigkeit.

Die Flensburger Schiffswerft kann trotz des Streiks noch 4 Prozent Dividende verteilen. Im September liefen zwei Dampfer von je 1950 Tons Tragfähigkeit vom Stapel. Der eine, „Diana“, ist für die Hamburger Reederei C. Schmidt bestimmt, der andere, „Taurus“, für die Leith & Flensburg Shipping Company Limited.

Die Reederei S. C. Horn in Schleswig hat je einen Dampfer von 5400 und 5750 Tons bestellt. Ferner hat die Deutsch-Australische Dampfschiffahrtsgesellschaft wiederum einen Dampfer in Auftrag gegeben.

Auf der Krupp'schen Germania-Werft in Kiel ist im Oktober der große Fracht- und Passagierdampfer „Kronprinzessin Cecilie“ vom Stapel gelaufen. Die Tragfähigkeit ist 7300 Tons. Das Schiff ist von der Hamburg-Amerika-Linie bestellt.

Auf Donalds Werften in Dietrichsdorf bei Kiel liefen die Fracht- und Passagierdampfer „Venus“ (für die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiffahrtsgesellschaft) und „Marie“ (für die Reederei von M. Jepsen in Apenrade, 3000 Tons) vom Stapel. Für die erstgenannte Reederei ist am 31. Oktober noch der 4000 Tons große Dampfer „Patagonia“ abgeliefert. Das Schiff soll schon Mitte Dezember abgeliefert werden.

Bei Hüske & Co. in Stettin, wo gegenwärtig ein Teil der Arbeiterschaft die Arbeit niedergelegt hat, sind in letzter Zeit die Dampfer „Gladiator“ (650 Tons) und „Martha“ (400 Tons) vom Stapel gelaufen.

Bei Schichau in Elbing lief der Kabeldampfer „Großherzog von Oldenburg“ ab, auf der Neptunwerft in Rostock der Frachtdampfer „Christian Horn“.

Die Werft von Henry Koch in Lübeck hat einen Dampfer von 2700 Tons in Auftrag erhalten.

Aus dem Binnenland ist zu berichten, daß bei Jos. L. Meyer in Papenburg der für die königliche Regierung in Schleswig erbaute Seeräucherndampfer und Eisbrecher „Bussard“ vom Stapel gelaufen ist.

Auf der Caesar-Wollheim'schen Schiffswerft in Cosel bei Breslau sind gegenwärtig 25 verschiedene Baumnummern in Ausführung oder in Bestellung. In diesem Jahre ist die Werft so sehr mit Reparaturarbeiten beschäftigt gewesen, daß auf den Ausschlagstellen regelmäßig vier oder fünf Dampfer oder Frachtfahrzeuge lagen. Die Werft hat sich deshalb auch veranlaßt gesehen, die Maschinenbaumerkstatt zu vergrößern und eine eigene Schiffschlosserei anzulegen.

Also rege Tätigkeit auf den meisten deutschen Werften. Dabei sind noch viele Aufträge ins Ausland, besonders nach England, gegangen.

Die Versuche mit den Turbinendampfern werden fortgesetzt. Wir werden demnächst darüber berichten.

Von einem neuen Schiffstypus wird aus Amerika berichtet. In San Francisco sind mehrere große Motorschoner gebaut worden. Einen Dreimaßschoner von 503 Tons hat man mit zwei dreizylinderigen Motoren von 300 Pferdestärken versehen. Ein Schoner von 143 Tons erhielt einen Motor von 100 Pferdestärken. Mit ähnlichen Motoren ist noch eine Reihe anderer Fahrzeuge dieser Art versehen worden. Die Versuche sollen fortgesetzt werden.

In Hamburg soll von einer Reihe von Schiffreedereien eine eigene Chronometerfabrik ins Leben gerufen werden.

In Lübeck wird für Rechnung einer Anzahl von Werften ein eigenes Hochofenwerk errichtet, das natürlich in erster Linie schwedisches und englisches Erz verarbeiten soll. Der Lübecker Staat übernimmt Aktien im Betrag von 1300000 Mk. Mit 100000 Mk. ist die Lübecker Kaufmannschaft beteiligt.

„Streng vertraulich.“

Diese Bemerkung trägt eine auf unser Pult geflogene Druckschrift von 11 Seiten, die das Ergebnis von zwei „Rundfragen“ eines Unternehmerverbandes enthält. Aus der Druckschrift ist der Verband, der die „Rundfragen“ veranstaltete, nicht direkt ersichtlich, es fehlt auch die Angabe einer Druckfirma. Die typographische Ausstattung des Druckerzeugnisses gleicht der von Stahl und Eisen. Aus einigen Stellen des Inhaltes ist mit Sicherheit zu schließen, daß der Verein deutscher Maschinenbauanstalten mit dem Sitze in Düsseldorf die „Rundfragen“ veranstaltet hat und der Herausgeber der Druckschrift ist. Einen weiteren Anhaltspunkt dafür finden wir darin, daß die Mitgliederzahl dieses Vereins, die im Jahre 1903 nach dem bei Mittler & Sohn in Berlin erschienenen Adressenverzeichnis gewerblicher Unternehmervereinigungen 145 betrug, sich annähernd mit der Zahl der Firmen deckt, die befragt worden sind.

Die „Rundfragen“ betreffen die Arbeiterausschüsse und die Arbeitszeit. Wir bringen nachfolgend zunächst den Teil, der von der Arbeitszeit handelt, zum Abdruck:

Ergebnis über die Rundfragen betreffend Arbeitszeit.

Das Ergebnis der Umfrage betreffs Arbeitszeit ist insofern ein interessantes, als es ziemlich einheitlichen Charakter hat. Im ganzen haben sich von 155 angefragten Firmen 60 beteiligt; wir erhalten mit Bezug auf Frage 2: „Von welcher Dauer ist Ihre jetzige tägliche Arbeitszeit?“ die Antwort, daß nur ein Betrieb 10 1/2 stündige Arbeitszeit hat, dann folgen zwei Betriebe mit 10 Stunden 10 Minuten, während die Mehrzahl, nämlich 47 Betriebe, 10 stündige Arbeitszeit besitzen. Zwei Betriebe haben 9 1/2 stündige und acht 9 stündige Arbeitszeit.

An diesen letztgenannten Betrieben sind: 4 Betriebe mit 1000 bis 2800 Arbeitern 4 „ „ „ 200 „ 800 „

Ferner liegen:

5 von diesen Betrieben in Norddeutschland 1 „ „ „ Süddeutschland 2 „ „ „ Rheinland-Westfalen.

Die Mittagspausen sind in der Mehrzahl 1 1/2 stündige, nämlich bei 39 Betrieben, 4 Betriebe haben 1 1/4 stündige, 12 einstündige Mittagspause, und 5 machen hierüber keine Angaben.

Die meisten Fabriken gewähren eine viertel- bis halbstündige Frühstückspause, während die Wesperrpause in sehr vielen Werken nicht eingeführt ist; neun Werke haben weder Frühstückspause noch Wesperrpause, gestatten aber, daß während der Arbeitszeit die Arbeiter frühstücken und wespern; ein Werk hat diese Pausen deswegen abgeschafft, weil es der Meinung war, daß die Pausen sehr gute Agitationsgelegenheiten böten, während andere besonders betonen, daß sie bestimmt festgesetzte Pausen eines geregelt und besser kontrollierbaren Betriebs wegen eingeführt hätten. Die Frage: „Haben Sie früher eine andere Arbeitszeit gehabt?“ wird 39mal verneint und 2mal bejaht. Von diesen 21, die die Arbeitszeit geändert haben, sind 11, die früher längere Arbeitszeit hatten, während die übrigen zehn nur die Pausen anders verteilt, eingeführt oder abgeschafft und die Arbeitszeit anders gelegt haben. Hierbei ist bemerkenswert, daß von den vorher erwähnten acht Betrieben, die 9 1/2 Stunden Arbeitszeit haben, vier diese Arbeitszeit von allem Anfang hatten und zwar drei kleinere und ein Berliner großes Werk.

Die Gründe, die eine Änderung veranlassen, werden meist nicht angegeben; zweimal heißt es auf Wunsch der Arbeiter, einmal, weil ein Fabrikwerk mit der kürzeren Zeit gut ausgekommen ist, einmal, weil die königlichen Werkstätten nur zehn Stunden arbeiteten, und einmal, weil es die Verhältnisse gezwungen haben.

Die durch die Änderung der Arbeitszeit wichtige Frage, ob die Leistungsfähigkeit der Fabrik sich geändert habe, wird von 17 Betrieben dahin beantwortet, daß die Leistungsfähigkeit dieselbe geblieben sei; ein Werk sagt aus, daß die Leistungsfähigkeit im Ver-

hältnis von 5/4 : 5 beeinträchtigt worden wäre, die übrigen drei geben an, daß sich über diesen Punkt nichts Bestimmtes sagen lasse. Wir kommen nun zu Frage 5: „Kann die Leistungsfähigkeit Ihrer Fabrik bei einer eventuellen Verkürzung der Arbeitszeit dadurch gesteigert werden, daß, entsprechend der Kürzung, die Arbeiter zur intensiveren Leistung herangezogen werden?“

Diese wichtige Frage wird 47mal verneint. Eine Firma schreibt: „Dies auszuprobieren sind wir gerade im Begriff; eine andere, daß theoretisch diese Frage zu bejahen sei; andere drücken sich unbestimmt aus, während ein Werk die Erfahrung bei Schmieden gemacht hat, daß bei 8- und 9 1/2 stündiger Arbeitszeit dasselbe geleistet werden kann. Ein großes Berliner Werk äußert sich auf diese Frage wie folgt: Der Arbeiter wird bei kürzerer Arbeitszeit bei Akkordarbeiten fleißiger arbeiten, um den früher bei längerer Arbeitszeit erhaltenen täglichen Verdienst wieder zu erreichen, so daß die Leistung bei kürzerer Arbeitszeit dieselbe bleibt. Wieder ein anderes Werk hält es nicht für ausgeschlossen, daß die Leistungsfähigkeit gesteigert werden kann. Eine sächsische Firma schreibt hierüber:

„Gesteigert kann die Leistung schwerlich werden, ein jedoch der Meinung, daß eine geringere Kürzung durch intensivere Arbeitsleistung kompensiert werden könnte, wenigstens in den meisten Fällen.“ Beachtenswert ist auch folgende Äußerung einer rheinischen Fabrik: „Die Leistungsfähigkeit kann durch eine Verkürzung der Arbeitszeit gesteigert werden durch intensivere Leistung seitens der Arbeiter. Eine größere Leistung ist jedoch außerordentlich schwer zu erzielen; man kann dieselbe erreichen durch entsprechende Erniedrigung der Akkordlöhne, weil dann die Arbeiter das Bestreben haben, auf ihren alten Verdienst zu kommen; ferner wird diese Leistung durch bessere Aufsicht erhöht werden können.“

Durch Herabsetzung der Akkordlöhne werden sich die Arbeiter allerdings zurückgesetzt fühlen und es wird leicht hierdurch Unzufriedenheit erregt, namentlich dann, wenn die Herabsetzung nicht eine entsprechende leistungsmäßige Begründung erhält.

Die bessere Aufsicht bei der Arbeit selbst zeigt in der Anzahl vermehrte oder besser geschulte Meister beziehungsweise Ingenieure voraus. Die Verwaltungskosten der Fabrik werden also hierdurch vermehrt.

Die Leistungsfähigkeit der Fabrik kann allerdings auch durch Verbesserung der Einrichtungen, Vermehrung der Maschinen und durch größere Inanspruchnahme der letzteren u. s. w. erhöht werden. Diesen Faktor lassen wir hier jedoch außer acht.“

Schließlich bleibt noch die Frage 6: „Wie denken Sie im allgemeinen über das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Leistung einerseits und Gehaltskosten andererseits?“ Diese Frage wird mit großer Mehrheit dahin beantwortet, daß die übliche und eingeführte Arbeitszeit eine normale sei und bei dieser die Leistungen die rationellsten und die Gehaltskosten die niedrigsten seien.

Eine Firma glaubt, daß die Gehaltskosten durch kurzes aber intensives Arbeiten wohl niedriger ausfallen dürften, jedoch zum Schaden der Güte des Fabrikates.

Eine diesen Nachsatz äußert sich ein Berliner Werk im gleichen Sinne mit dem Hinweis, daß der Verbrauch an Licht, Kohlen, Dampf u. s. w. geringer sei. Eine andere Berliner Firma bemerkt hierzu:

„Bei denjenigen Arbeitern, deren Leistung vorwiegend durch die Ausnutzung ihrer physischen Kräfte bedingt wird, wie Schmiede, Keilschmiede, Former, Schlosser u. s. w., steht die Arbeitsleistung nicht im direkten Verhältnis zur angewandten Arbeitszeit und ist es wohl möglich, bei diesen Handarbeitern in acht Stunden annähernd die gleiche Leistung wie in neun oder zehn Stunden zu erzielen. Bei den Maschinenarbeitern dagegen ist die Leistung annähernd der Arbeitszeit proportional und würde meines Erachtens eine Verminderung der Arbeitszeit auch eine geringere Leistung bedingen.“

Des weiteren sind folgende Antworten vielleicht von besonderem Interesse:

1. „Das Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Leistung einerseits und Gehaltskosten andererseits hängt im wesentlichen ab von der Güte der Maschinen und den Einrichtungen sowie von der Ausnutzung der letzteren; ferner von dem Fleiße, der Intelligenz und dem guten Willen der Arbeiter und der dieselben beaufsichtigenden Beamten. Es ist und sollte das Bestreben jeder Fabrik sein, beides so viel wie möglich zu verbessern und auf die größte Höhe zu bringen. Es ist dann sehr wohl denkbar, daß eine Fabrik in kürzerer Arbeitszeit und mit geringeren Gehaltskosten mehr leisten kann oder mehr leisten wird als eine andere, die weniger gute und vollkommene Einrichtungen und weniger gut ausgebildetes Personal besitzt. Unser Bestreben geht seit Jahren dahin, das denkbar höchste Ziel in dieser Richtung zu erreichen. Wir versprechen uns sehr viel durch die bessere Ausbildung der Handwerker in geordneten Lehrverhältnissen, wie dieselbe auch jetzt in den Innungen angestrebt wird, und ist in unserer Fabrik in dieser Beziehung seit vier Jahren eine besondere Vorrichtung in Kraft. Ferner sehen wir bei der Neuanschaffung der Meister darauf, daß möglichst der Besuch einer technischen Schule vorausgegangen ist; ferner legen wir bei den Betriebsingenieuren viel Wert auf eine mehrjährige praktische Ausbildung. Der Einfluß der durch gute Konstruktion sowohl auf die Leistung als auch auf die Gehaltskosten ausgeübt wird, ist besonders hervorzuheben und wird ebenfalls in besonderem Maße von uns erfährt. Leider fehlt es bei den Konstrukteuren häufig an der durchaus notwendigen praktischen Ausbildung in den Werkstätten.“

2. „Geht den Fall, man ginge lediglich von dem Standpunkt aus, auf welche Weise sich die vorhandenen Betriebsmittel, wie Maschinen, Feuerungen u. s. w. am besten — das heißt mit möglichst geringen Unkosten — auszunutzen ließen, so wäre der Idealzustand, daß in drei achtstündigen Schichten (einfachlich je einer halbstündigen Pause) gearbeitet würde, zum Beispiel von 4 bis 12, 12 bis 8 und 8 bis 4 Uhr. Das Verlangen der Sozialdemokratie nach einem achtstündigen Arbeitstag wäre also noch übertrieben, indem die einzelnen sogar nur 7 1/2 Stunden zu arbeiten bräuchten, während sie 16 1/2 Stunden der Ruhe pflegen könnten. Wir glauben aber kaum, daß sich die große Mehrzahl der Arbeiter hiermit befreundet, besonders wenn der bisherige volle Tagesverdienst um den Lohn von 2 1/2 Stunden gekürzt wird. Solange also von dieser Seite auf kein Entgegenkommen zu rechnen ist, müssen zehn Stunden als normale Arbeitszeit angesehen werden, um so mehr als auch vom ärztlichen Standpunkt hiergegen nichts eingebracht wird. Würde man auf den deutschen Werken den achtstündigen Arbeitstag (ohne Schichten oder Überstunden) einführen, so müßte das entweder auch in allen Kulturstaaten gleichzeitig geschehen, oder die deutschen Werke hätten in Anbetracht der erhöhten Unkosten und der längeren Lieferzeiten auf Konkurrenzfähigkeit zu sein.“

3. „Die Leistungsfähigkeit der Fabrik bei eventueller Verkürzung der Arbeitszeit durch intensivere Leistungen der Arbeiter zu steigern, ist nur teilweise möglich. Diese Möglichkeit ist da nicht vorhanden, wo die Leistung der Arbeitsmaschinen in der Zeiteinheit für die Arbeitsleistung maßgebend ist, denn in diesen Fällen wird mit verkürzter Arbeitszeit auch die Maschinenleistung und damit die Arbeitsleistung des betreffenden Arbeiters verringert. Wir sind ferner der Ansicht, daß die intensivere Leistung des einzelnen Arbeiters bei verkürzter Arbeitszeit in anderen Fällen wohl möglich ist und von den besseren Elementen der Arbeiterklasse auch angestrebt werden mag, daß aber andererseits diese intensivere Arbeitsleistung auf die Dauer zweifellos nachlassen und in vielen Fällen seitens der organisatorischen Agenturen bekräftigt werden wird, da sie dem angestrebten Ziele des einheitlichen Tagesverdienstes entgegenwirft.“

4. „Wir haben niemals bei verkürzter Arbeitszeit eine verhältnismäßig geringere Leistung und entsprechend höhere Gehaltskosten bei den Arbeitern feststellen können. Wir haben im Gegenteil stets die Wahrnehmung machen können, daß bei reichlicher Beschäftigung die Leute, auch bei verlängerter Arbeitszeit, flotter arbeiten und im Akkord einen höheren Verdienst erzielen, und sich infolgedessen auch die Gehaltskosten herabmindern.“

Zum Schluß mag noch folgende Äußerung zur Kenntnis gebracht werden, weil sie eine neue Anregung, nämlich das Überstundenwesen, enthält, welches Thema übrigens auch von anderen Firmen berührt wird:

5. „Eine regelmäßige Arbeitszeit von zehn Stunden täglich halte ich für die richtige und kann auch bei richtiger Aufsicht durch die Meister ausgenutzt werden. Da aber leider fast immer viel zu knappe Meisterstellen bewilligt werden, dazu wiederum der Bedarf etwas plötzlich auftritt, so ist es nicht ganz zu umgehen, mit Überstunden zu arbeiten. Durch die Überstunden werden die Gehaltskosten fast ganz bedeutend erhöht, da die vorhandenen Einrichtungen nicht ganz ausgenutzt werden können in Rücksicht auf den Widerstand der besseren Arbeiter, die meistens Gegner der Überstunden sind. Eine allgemeine Übersicht, wie das Überstundenwesen in den verschiedenen Fabriken geregelt ist, wäre erwünscht.“

Alle diese Originalantworten lassen neben so manchen bemerkenswerten Wink mit ganz geringen Ausnahmen erkennen, daß die allgemeine Ansicht in der zur Erörterung stehenden Frage dahin geht, daß die jetzt übliche, durchschnittlich zehn Stunden betragende Arbeitszeit dem günstigsten Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Leistung einerseits und Gehaltskosten andererseits entspricht, auch herrscht fast ausschließlich Übereinstimmung darin vor, daß die Leistungsfähigkeit bei Verkürzung der Arbeitszeit sich vermindern statt erhöhen wird. Dort aber, wo kürzere Arbeitszeiten sich bewährt haben, liegen auch ganz besondere Verhältnisse vor, die durchaus abweichend von denen anderer Werke sind. Es wird sich deswegen gegenüber allen den Anforderungen von Seiten der Arbeiter auf Verkürzung der Arbeitszeit, welche letztere bei zehnstündiger Dauer auch gar nicht überanstrengend ist, nur empfehlen, sich abtönend zu verhalten, um so mehr, als gerade diese, wie die meisten derartigen Forderungen, nicht von den eigentlichen Arbeitern, sondern von den Arbeiterführern gestellt werden.

Der Zweck, der mit der „Rundfrage“ verfolgt wurde, geht aus den Schlusssätzen deutlich hervor. Was man wollte, wurde auch glücklich erreicht: die Mehrzahl der Beantworter der Fragen erklärte sich gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Für die Beurteilung der ganzen Frage der Verkürzung der Arbeitszeit kann dieses Resultat selbstverständlich nicht im geringsten maßgebend sein. Die meisten Unternehmer sind viel zu besagen in Vorurteilen, und sie werden darin durch die Hebereien der Scharfmacherpreise fortwährend so bestärkt, daß sie gar nicht imstande sind, ein objektives Urteil abzugeben.

So sehr sich aber die Herausgeber der Druckschrift auch Mühe gegeben haben, das Resultat der Umfrage gegen den sozialpolitischen Fortschritt zu verwerten: die Wahrheit konnten sie nicht ganz verdecken. Diese künden die Antworten der wenigen Unternehmer, die bezeugen, daß sie „mit der kürzeren Arbeitszeit gut ausgekommen“, daß bei kürzerer Arbeitszeit „die Leistungsfähigkeit die gleiche geblieben sei“. Das scheinen die Herausgeber auch selbst zu fühlen, daher der Vermerk: „Streng vertraulich“.

Von der Schliesischen Eisen- und Stahlberufsgenossenschaft.

Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht hatte diese Berufsgenossenschaft im Jahre 1904 verichert:

Table with 4 columns: Betriebe, Zahl der Verletzten, 1904, 1903. Rows for Sektion I (Breslau) and Sektion II (Weuthen), plus a total row.

Die Zahl der Betriebe hat also um nur 15, die der vericherten Arbeiter um 3120 zugenommen. Obereschlesien zeigt uns in den Ziffern der Sektion II das Land der Großeisenindustrie. Während in Sektion I auf einen Betrieb 22 Arbeiter entfallen, kommen in Sektion II 155 Arbeiter auf den Betrieb im Durchschnitt. Auf den Kopf des Vericherten entfiel im Durchschnitt ein Jahresverdienst von 889,89 Mk. Im Bezirk Breslau entfiel auf den Kopf der vericherten Person gar nur 800,91 Mk., im Bezirk Weuthen dagegen 801,92 Mk. Die Eisenindustrie Schlesiens kam im Hinblick auf die hohen Lebensmittelpreise nicht hoch auf diese Löhne sein. Schlesien, das Land hungernder Weber, läßt im Lohne das sogenannte Existenzminimum weit hinter sich zurück.

Im Berichtsjahre wurden 8860 Unfälle, gegen 7483 im Vorjahr, der Berufsgenossenschaft gemeldet, so daß auf 1000 Vericherte im Durchschnitt 91,4 Verletzte kamen. Obereschlesien hatte die größte Unfallziffer: 107,8 gegen 62,2 im Bezirk Breslau. Entschädigt wurden jedoch nur 1622 (im Jahre 1903: 1387) = 19 Prozent aller Verletzten, so daß auf 1000 Vericherte nur 16,7 Unfälle kamen. Von den entschädigten Verletzten waren 1531 Erwachsene männlichen und 29 weiblichen Geschlechtes, jugendliche Arbeiter dagegen 60 männlichen und 2 weiblichen Geschlechtes.

Die meisten dieser Unfälle ereigneten sich: an Motoren, Werkzeugmaschinen 340, beim Auf- und Abladen 334, durch Handwerkzeuge 194, Fall 168 u. s. w. Die „Kapital“ wurden im Geschäftsjahr 33 Deutsche mit durchschnittlich 347 Mk. abgefunden, dagegen 2 Ausländer mit 398 und 1794 Mk. Wer macht da das beste Geschäft? Die Berufsgenossenschaft! Vergleichen sucht man in dem Bericht nach einer Rubrik „Revision der Betriebe“. Kein Wort davon! Nur unter Titel „Ausgaben“ findet man einen „Posten“ von 284,40 Mk. für „Überwachung der Betriebe“. Eine verdammt hohe Summe! Noch besser kommt diese „Hesenausgabe“ unter dem Prozentverhältnis zur Geltung. Von den Beiträgen wurden verausgabt: 82,41 Prozent für Unfallrenten, 8,18 Prozent für Reservefonds, 2,62 Prozent für Arzthonorar, 5,37 Prozent für Verwaltungskosten, 0,97 Prozent für Schiedsgerichtskosten, 0,44 Prozent für Unfallfürsorge, 0,01 Prozent für Kosten der „Überwachung der Betriebe“. Also nicht einmal ein Prozent hatte die Berufsgenossenschaft für diesen Zweck übrig.

Für die Verletzten wurden innerhalb der ersten 13 Wochen des Unfalls vorausgabt 8310,63 Mk., das heißt 694 Mk. weniger als im Vorjahr. Als Folgen der entschädigten Unfälle bezeichnet der Bericht in 75 Fällen Tod, in 7 Fällen völlige, in 618 Fällen teilweise und in 922 Fällen vorübergehende Erwerbsunfähigkeit. Die Mehrzahl der Getöteten war verheiratet, denn der Bericht erzählt uns durch die trockenen Zahlen nur, daß die 75 Getöteten 69 Witwen und 199 Kinder hinterlassen haben.

Berufungen gegen die Rentenbescheide hatten 958 Verletzte ergriffen. Das Resultat war folgendes: als unbegründet abgewiesen 600 Fälle, für begründet erachtet 68, durch Vergleich, Zurücknahme v. erledigt 69, unerledigt 221 Fälle. Was will eine Berufsgenossenschaft noch mehr von den Schiedsgerichten? Von der Berufsgenossenschaft sind 30, von den Verletzten 243 Rekurse erhoben worden. Auch hier hatte die Berufsgenossenschaft ein „Schweinegeld“. Von ihren 30 Rekursen wurden 16 zu ihren Gunsten erledigt und nur 11 abgewiesen, während von den 243 Rekursen der Verletzten 204 Fälle abgewiesen und nur in 34 Fällen „unter Abänderung der schiedsgerichtlichen Entscheidung“ dem Rekurs der Kläger stattgegeben wurde. „Es gibt noch Richter in Berlin“, werden da auch die Verletzten gemurmelt haben, als sie ihre Urteile in Händen hatten. Wer einen Bericht ohne Text, nur aus Zahlen und Tabellen bestehend lesen will, nehme den „interessanten“ Bericht der schlesischen Eisenwerke zur Hand!

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Um Forderungen zu vermeiden und eine geregelte Beitragsleistung zu erzielen, machen wir hiermit bekannt daß mit Sonntag dem 19. November der 47. Wochenbeitrag für die Zeit vom 19. bis 25. November 1905 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 4 Abs. 3 des Verbandsstatuts gestattet:
 Der Verwaltungsstelle Breslau einmalig 25 Pf.
 Der Verwaltungsstelle Persford 10 Pf. pro Monat.
 Der Verwaltungsstelle Freising 10 Pf. pro Woche.
 Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Entziehung kassatorischer Rechte zur Folge.

Ausschüsse aus dem Verband nach § 3, Abs. 8 a des Statuts:

- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Altona:**
 Der Metallarbeiter Jürgen Peterjen, geb. am 18. Mai 1881 zu Ingber, Buch-Nr. 789802;
 der Metallarbeiter Gustav Kennert, geb. am 29. Juli 1871 zu Königberg, Buch-Nr. 789833, beide wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Bonn:**
 Der Former F. Stid, geb. am 12. April 1870 zu Hilfen, Buch-Nr. 796743, wegen Denunziation.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Düsseldorf:**
 Der Sattler Max Herrig, geb. am 13. März 1878 zu Berlin, Buch-Nr. 815237, wegen Unterschlagung von Verbandsgeldern.
- Auf Antrag der Einzelmitglieder in Plauen:**
 Der Schlosser Georg Wolf, geb. am 30. Juni 1885 zu Zittau, Buch-Nr. 813579, wegen Denunziation.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Schmalkalden:**
 Die Former Arthur Lange und Max Lange, beide geb. am 3. März 1878 zu Leipzig-Plagwitz, Buch-Nr. 600316 und 600317, wegen unkollegialem Verhalten.
- Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Weibert:**
 Der Former Joseph Blafius, geb. am 6. Februar 1885 zu Weiden, Buch-Nr. 792709;
 der Former Billy Bloß, geb. am 7. Mai 1887 zu Weibert, Buch-Nr. 698791;
 der Former Byron Bracht, geb. am 24. August 1883 zu Wolfmatten, Buch-Nr. 772605;
 der Former Hugo von Brud, geb. am 24. März 1869 zu Weibert, Buch-Nr. 733053;
 der Former August Buchert, geb. am 9. Januar 1885 zu Gomburg, Buch-Nr. 823805;
 der Former Ewald Burt, geb. am 6. Februar 1886 zu Heiligenhaus, Buch-Nr. 823803;
 der Former Peter Erdmann, geb. am 19. April 1879 zu Nordrath, Buch-Nr. 641864;
 der Former Heinz Sijmenmenger, geb. am 15. April 1873 zu Kupferdreh, Buch-Nr. 772617;
 der Former Paul Ellenbed, geb. am 26. Juli 1886 zu Solingen, Buch-Nr. 713941;
 der Former Ernst Golsche, geb. am 25. April 1887 zu Weibert, Buch-Nr. 792763;
 der Former Heinz Hasenklever, geb. am 9. Juni 1886 zu Eberfeld, Buch-Nr. 771371;
 der Former W. H. Jost, geb. am 26. Oktober 1879 zu Eberfeld, Buch-Nr. 792768;
 der Former W. H. Kuntz, geb. am 3. Oktober 1886 zu Neumied, Buch-Nr. 688766;
 der Former Hermann Menke, geb. am 4. März 1876 zu Eberfeld, Buch-Nr. 615952;
 der Former Karl Müller, geb. am 8. April 1871 zu Würde, Buch-Nr. 160045;
 der Former Paul Müller, geb. am 23. April 1886 zu Weibert, Buch-Nr. 771993;
 der Former Friedr. Rosch, geb. am 29. Juli 1889 zu Kupferdreh, Buch-Nr. 775051;
 der Former Paul Trebing, geb. am 29. August 1885 zu Weibert, Buch-Nr. 733080;
 der Former Friedr. Sob, geb. am 10. Januar 1888 zu Weibert, Buch-Nr. 772704;
 der Former W. H. Voßbed, geb. am 13. Juni 1886 zu Weiden, Buch-Nr. 792844;
 der Former W. H. Weisgerber, geb. am 26. September 1885 zu Neviß, Buch-Nr. 792713;
 der Former Heinz Wurz, geb. am 18. Februar 1885 zu Eberfeld, Buch-Nr. 733064;
 der Metallarbeiter Max Wid, geb. am 14. April 1885 zu Solingen, Buch-Nr. 776380;
 der Schlosser Karl Zarenberg, geb. am 23. Dezember 1881 zu Reigels, Buch-Nr. 772710;
 der Schlosser Heinz Crus, geb. am ? zu ? Buch-Nr. 733064;
 der Schlosser Mich. Hartmann, geb. am 18. Februar 1879 zu Forchheim, Buch-Nr. 713919;
 der Schlosser Paul Hölzner, geb. am 12. Februar 1886 zu Eberfeld, Buch-Nr. 713853;
 der Schlosser W. H. Jastor, geb. am 19. August 1881 zu Weibert, Buch-Nr. 772763;
 der Schlosser Karl Schneider, geb. am 29. September 1886 zu Weibert, Buch-Nr. 713884;
 der Schlosser Hermann Schiem, geb. am 20. März 1874 zu ? Buch-Nr. 524021;
 der Schlosser Ernst Schürer, geb. am 24. Juni 1878 zu Bülkau, Buch-Nr. 792770;
 der Schlosser August Krup, geb. am 4. Mai 1885 zu Weibert, Buch-Nr. 733070;
 der Schlosser Ludwig Bode, geb. am 17. Januar 1888 zu Burg-Kuchen, Buch-Nr. 690466;
 der Schlosser Tag. Wäs, geb. am 24. Dezember 1884 zu Weibert, Buch-Nr. 496796;
 der Schlosser Alb. Brudmann, geb. am 17. April 1887 zu Weibert, Buch-Nr. 698827;
 der Schlosser Heinz Bronner, geb. am 21. November 1883 zu Weibert, Buch-Nr. 688784;
 der Schlosser W. H. Gieshoff, geb. am 21. November 1870 zu Niederzengen, Buch-Nr. 690492;
 der Schlosser Adolf Köpp, geb. am 24. März 1886 zu Hötzel, Buch-Nr. 775014;
 der Schlosser Albert Nowak, geb. am 19. Januar 1887 zu Schöna, Buch-Nr. 772637;
 der Schlossermeister Joseph Brudmann, geb. am 10. Juli 1875 zu Gatterberg, Buch-Nr. 733073;
 der Schmiedemeister Rud. Seibert, geb. am 16. Juli 1866 zu Weibert, Buch-Nr. 792794;
 der Schmied Otto Klempe, geb. am 7. Februar 1884 zu Grotzsch, Buch-Nr. 713810, jämmtliche wegen Streikbruch.
- Auf Antrag der Bezirksleiter im 5. Bezirk:**
 Der Schlosser Hermann Driffahn, geb. am 25. Juni 1869 zu Schmied, Provinz Sachsen, Buch-Nr. 24883, wegen all-gemeiner Schädigung der Arbeiterbewegung.

Nicht wieder aufgenommen werden darf:
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Fürstentum:
 Der Klempner Otto Hübner, geb. am 6. September 1851 zu Zielentz, Buch-Nr. 529229, wegen Nichterhaltung gefahrter Werkstattheftnisse.
 Auf Antrag der Verwaltungsstelle in Regensburg:
 Der Former Karl Meier, geb. am 25. Januar 1878 zu Mosham, Buch-Nr. 524177, wegen unkollegialem Verhalten.
 Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an **Theodor Werner, Stuttgart, Nölte-Strasse 16b** zu richten, und ist auf dem Postabschnitt genau zu bemerken, wofür das Geld vereinnahmt ist.
 Mit kollegialem Gruß
 Der Vorstand.

Zur Beachtung.

Zugung ist fernzuhalten:

- von Formern, Eisengießereiarbeitern und Kernmachern nach Penig (Machinenfabrik A. G.) S.; nach St. Georgen (Eisengießerei St. Georgen) S.; nach Weibert A.; nach Zeulenroda (Döhler & Nieble) S.;
- von Graveuren nach Stuttgart (Vereinszeichen und Prägeanstalt Schwedt, Inh. W. Wolf) S.;
- von Gürtlern, Fräsern, Schleißern und Stanzern nach Oberursel (Thüringer Metallwarenfabrik);
- von Klempnern, Blechschlaggerarbeitern und Arbeiterinnen nach Braunschweig (Luger u. S. & Runge) W.; nach Stuttgart (Gasmeserfabrik Braun & Co.) S.;
- von Klempnern und Installateuren nach Berlin (G. Seeger, Frankfurterstr. 72 und Pletschmann, Sibauerstr. 5); nach Kiel;
- von Metallarbeitern aller Branchen nach Basel, Schweiz, (Besonders Maschinenfabrik Metz) S.; nach Berlin A.; nach Brugg, Kanton Aarau, Schweiz (Machinenfabrik Müller & Co.), nach Burgstädt b. Chemnitz (Stanzwerk Aktiengesellschaft) S.; nach Freising (Firma Steiner) S.; nach Merseburg (Armaturenfabrik Jul. Biele & Co.) S.; nach Dörflein a. N. (Firma H. Hammel) S.; nach Penig (Machinenfabrik A. G.) S.; nach Potsdam (Telegraphenbauanstalt von Strecker) S.; nach Rorschach (Gieß. Rorschach) S.; nach Solingen: nach St. Blasie, Schweiz, (Automobilfabrik A. G. vorm. Martini & Co.); nach Töb bei Winterthur (Machinenfabr. Nieder & Co.); nach Wetter a. d. N. (Gießereiwerk Schulte) W.; nach Wismar (Machinenfabrik Hauff & Sohn) A.;
- von Schlägerarbeitern nach Solingen S.;
- von Schlossern nach Elsterwerda (Fahradwerke) M.; nach Schaffhausen, Schweiz (Firma Huber); nach Spremberg (Reparaturschloßer) D.; nach Stuttgart (Rumpf- und Bau-schlosserei von Stähler) D.; nach Zürich (Firmen Kassen-Bauer, Kassen-Schwyzler, Schappi-Schweizer und Hüter & Cie., Ofen-fabrik);
- von Schlossbauern nach Grotzsch b. Leipzig;
- von Jüdelen nach Stuttgart (Hafis & Hahn) D.

(Die mit A. und S. bezeichneten Orte sind Streifgebiete, die überhaupt zu meiden sind; v. St. heißt: Streit in Aussicht; S.: Lohnbewegung; A.: Auslieferung; D.: Differenzen; W.: Wädelregelung; M.: Mischlande; N.: Lohn- oder Akkord-Produktion; J.: Einführung einer Fabrikordnung.)

Vor Arbeitsannahme in Orten, wo keine der obigen Anlässe in Betracht kommen, werden die Mitglieder ersucht, sich stets zuvor bei der Ortsverwaltung, Geschäftsführer oder Bevollmächtigten des betreffenden Ortes über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen. Wo keine Verwaltungsstelle besteht, wolle man sich an den Vorstand wenden.

Korrespondenzen.

Feilenhauer.

Göppingen. In der Feilenhauerzunft von Klein herrschen Mißstände, die einmal öffentlich gerügt werden müssen. Denn Feilen geglättet und gefahrt werden, was wesentlich mehrmals geschieht, gleich die Werkstätte einer Räucherkammer. Damit nicht genug, wird die Werkstätte auch noch während der Arbeitszeit geheizt. Beim Heizen raucht die Maschine und füllt es ebenfalls. Wenn der Arbeiter zur Erwärmung der Bude in Funktion tritt, wird die Luft auch nicht besser. Die „Zucht“ ist eine sehr strenge, bei einem Lohn von 20 Pf. die Stunde soll man sich auch noch die Knochen ausrenken. Wir ersuchen die Kollegen, die vom Stuttgarter Arbeitsamt eine Stelle für diese Bude zugewiesen bekommen, in weitem Bogen um Göppingen herumzugehen.

Klempner.

Solingen. Der Klempnermeister ist erledigt auf Grund der Annahme eines Tarif. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen. Der Klempnermeister Müller glaubt allerdings, durch Maßregelung sich in besonderer Erinnerung bringen zu müssen. Da ein für allemal die Garantie zu haben, daß der Tarif auch eingehalten wird, machen wir ausdrücklich aufmerksam, daß Arbeit nur durch unsere Geschäftsstelle nachgewiesen wird und das Umschauen verboten ist.

Metallarbeiter.

Ahlen. Eine Knochenzählung erlitten Rangas scheint die Firma Vynus, vormals J. & H. Kerlman zu sein. Sie hat es verstanden, die Akkorde in zu reduzieren, das es dem Arbeiter bei der anstrengendsten Tätigkeit nicht möglich ist, den Lebensunterhalt für seine Familie bestreiten zu können. Aber was fragen heute die Arbeiter, besonders die Christlichen der „Christlichen“, danach, ob der Arbeiter etwas zum Leben übrig hat oder nicht. Die Verhältnisse sind um so schlecht geworden, daß ein Arbeiter nach dem anderen diesem Schicksalsbrot des Hungers feiert. Aber ohne Arbeiter diesen Betrieb aufrecht zu erhalten, geht auch nicht an. Herr Vynus bemüht sich darum, durch Inserate in verschiedenen Zeitungen Arbeiter anzuwerben. Es heißt dann gewöhnlich in diesen Gesuchen: „Für tüchtigen Schmelzer sowie mehrere Klempner, Klempner und Ausschläger für dauernde Beschäftigung gegen guten Lohn gesucht. Beschäftigte Stanz- und Eisenwerke Aktiengesellschaft, vormals J. & H. Kerlman, Ahlen in Westfalen.“ Was, wie steht es mit dem hohen Lohn? Arbeiter erhalten bei 10-stündiger Arbeitszeit 2,40 bis 2,80 Mk. Der Klempner und Ausschläger sind die Lehre so reduziert, daß sie es vorziehen, dort hinzugehen, wo ihre Arbeit besser bezahlt wird. Da die Firma nur noch wenige Arbeiter hat, versucht sie mit ihnen unter Anwendung der verschiedensten Praktiken der Betrieb aufrecht zu erhalten. Es müssen Überstunden gemacht werden. Das wird durch Anschlag in folgender Weise bekannt gemacht: Heute wird bis 12 Uhr gearbeitet, das Tor wird des Morgens um 6 Uhr geöffnet. Zutrittsort wird bei acht bis zehn Minuten mit 25 Pf. und von mittags ab mit 50 Pf. bezahlt.“ Die Klempner ist im Holzdielen belegt. Hier befindet sich auch die Schmelze. Wenn nun ein Stück glühendes Eisen zur Erde fällt, fangen die Dielen an zu brennen. Die Arbeiter waren in ihrer Lebensgefahr ausgelegt und haben sich daher veranlaßt, die Dielen aufzuhängen. Ventilatoren sind nicht vorhanden, daher stinkt der Rauch und Dampf durch die Luftschicht. Auch an Feuersicherheit läßt der Betrieb viel zu wünschen übrig. Die Akkorde betragen aus drei Eisen, sind nicht veränderbar, auch nicht nach der Höhe der Akkorde. Klempner und Arbeiter haben das System der Akkorde schon längst verlassen und die Akkorde in einem leichtesten Zustand. Das Wort Metallarbeit muß hier ein Fremdwort sein, und mit der „Christlichkeit“ muß es

ebenfalls eigentümlich bestellt sein; oder ist das bei den strengen Christen Sitte? — Auch die Firma Gebrüder Seiler ist ein Mutterbetrieb ersten Ranges, in Ahlen, das kleine Ahlen genannt. Die Arbeitszeit ist hier die längste: beinahe 11 1/2 Stunden oder besser gesagt von Sonnenaufgang bis Sonnenuntergang. Wenn die Arbeiter bei anstrengender Tätigkeit noch etwas verdienen, dann ist es nach Ansicht der Gebrüder Seiler zu viel und die Akkorde sind zu hoch: der Vynus bezahlt weniger und Gebrüder Seiler wollen das selbe tun. Die Arbeiter erhalten bei dieser langen Arbeitszeit 2,40 bis 2,60 Mk. Es ist hämmernd, wenn einem Arbeiter, der jahrelang am Glühofen tätig ist, der sein Hemd den Tag einigmal vom Schweiß trocken muß, dessen Körper mit Brandwunden bedeckt ist — sage und schreibe 2,60 Mk. bezahlt wird. Es sind reine Hungerlöhne, die hier bezahlt werden. Wenn die Arbeiter nicht zu spät kommen wollen, wird es so eingerichtet, daß sie zu spät kommen müssen, und jedes Zuspätkommen wird mit 10 Pf. bestraft. Die Strafgebel steigen hier in eine Höhe von 6 Mk. (!) und darüber. Dieses System besteht schon jahrelang, aber von dem Verbleib der Strafgebel wissen die Arbeiter nichts. Sie erzählen unter sich: die Firma braucht noch einen neuen Wagen! Die Akkorde sind nicht besser als bei der Firma Vynus. Arbeiter, die jahrelang in diesem Betrieb tätig sind, behaupten, daß die Sitze noch niemals gereinigt worden sind. Auch wird den Arbeitern pro Lohn tag (14 Tage) 20 Pf. für Licht abgezogen. Aber (acht da? Man sollte es kaum für möglich halten, erst werden aus dem Arbeiter Profite über Profite herausgeschunden und aus Dankbarkeit muß er noch das Licht bezahlen. Sollte der Gewerkschaftsleiter, dem diese Betriebe unterstellt sind, von all den Mißständen keine Kenntnis haben? Als feinerzeit eine Werkstattheftprüfung stattfand, da war Herr Ferdinand Seiler sehr erregt darüber und meinte zu einem Arbeiter: „Du fühlst dich doch nicht dahin gehen, du bist doch katholisch!“ Die Arbeiter sind kraft organisiert und magt es ein Arbeiter, aus einer solchen Querschulde zu gehen, dann muß er sein Bündel schnüren und auf drei Monate den Ort verlassen. Früher ergab er seine Arbeit wieder in Ahlen. Christliche Zustände! Der Arbeitgeber-Verband besteht auch nur im Interesse dieser beiden Firmen, darüber sind sich die Arbeiter im klaren. Den Firmen möchten wir raten, besonders den Gebrüder Seiler, doch einmal die Firma Polmann & Tova oder die beste Firma Herding & Mentrow betrachten zu wollen, dort ist die Arbeitszeit die kürzeste, auch werden die Arbeiter besser behandelt und entlohnt. Diese Firmen haben keinen Mangel an Arbeitern. Die letztere Firma hat sich dem Verband der Unternehmer nicht angeschlossen und wird dies auch nicht tun. Ganz recht, wenn Herr Herding sagt: „Wer seine Arbeiter gut behandelt und bezahlt, der kann sich über einen Mangel an Arbeitern nicht beklagen.“ Und spricht man mit diesen Arbeitern, so hört man, daß sie schon jahrelang in diesen Betrieben tätig sind und nicht die Akkorde haben, mit einem anderen am Orte zu tauschen. Hier ist klar bewiesen, wer die Schuld am Mangel von Arbeitern trägt. Den Kollegen allerorts raten wir, Ahlen zu meiden. Die Wohnungsmieten und Lebensmittel sind teurer als in einer Großstadt. Außerdem gibt es jetzt beinahe jede Wohnung ein oder zwei Feiertage; der Arbeiter wird dadurch in seinem Verdienst direkt geächtet. Auch die geistigen Genüsse einer Großstadt, wie zum Beispiel Theater, Konzerte, fehlen hier dem Arbeiter. Man lebt hier wie in einer Wüste. Den Kollegen in Ahlen raten wir, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen, denn dieser ist es nur allein, der endlich die Interessen der Arbeiter vertritt.

Regensburg. In der am 23. Oktober abgehaltenen außerordentlichen sehr stark besuchten Mitgliederversammlung sprach Kollege Reichel aus Stuttgart über „Die Auslieferungstaktik der vereinigten Unternehmer“. Er führte etwa folgendes aus: Mit der Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, die jetzt 1 1/2 Millionen gewerkschaftlich organisierten Arbeiter umfassen, sei auch die Erwartung der Unternehmerverbände Hand in Hand gegangen. In vieler Beziehung seien sogar die Unternehmerverbände den Arbeiterorganisationen vorausgeeilt. Angeblich gegründet, „um unberechtigte Forderungen der Arbeiter zurückzuweisen“, sind sie bald über dieses begrenzte Ziel hinausgegangen, zur offenen Bekämpfung, um die Gewerkschaften zu „vernichten“. Fast allgemein wurde vor einigen Jahren bei Streiks und darauf folgenden Auslieferungen von den Unternehmern das Verlangen an die Arbeiter gestellt, aus ihren Organisationen auszutreten. Ihren Zweck erreichten die Unternehmerverbände jedoch damit nicht, indem die Arbeiter zwar hier und da formell aus der Organisation austraten, in geheim aber um so eifriger für sie agitierten. Bewegungen, die in den ökonomischen Zuständen unserer Zeit wurzeln, kann man eben mit Gewaltmaßnahmen weder beseitigen noch ihren Fortschritt dauernd hemmen. Das hat auch Bismarck, der „eiserne Kanzler“, erfahren müssen, der das Wort „vom Streik der Arbeitgeber“ prägte. Bismarck wollte den Fortschritt der Arbeiterbewegung hemmen und Bismarckischer Geist war es auch, der noch lange nach seinem Abgang von der politischen Schaubühne im deutschen Unternehmertum nachwirkte und diese noch heute an der gerechten Verteilung der Gewerkschaftsbewegung hindert. Jedoch die Zeiten ändern sich und mit ihnen auch die Formen des wirtschaftlichen Kampfes. Nachdem man sah, daß man der Gewerkschaften nicht Herr werden und ihren Fortschritt nicht hindern könne, ventilierte man in Unternehmerverbänden die Frage, wie man die Gewerkschaften auf längere Zeit hinaus aktionsunfähig machen könnte, um Ruhe vor ihnen zu haben. Man änderte die Taktik. Bei jedem noch so kleinsten Streik irgend einer Gruppe sperrte man die etwa noch in dem Betrieb oder der Branche nicht am Streik beteiligten Arbeiter aus. So haben wir nacheinander die großen Auslieferungen der Textilarbeiter in Hamburg, der Arbeiter in der Gelbmetallindustrie in Berlin, der Textilarbeiter in Grimnitzsch, der Metallarbeiter in Sagen und in der Elektroindustrie in Berlin sowie die verschiedenen Auslieferungen im Baugewerbe und im Schiffbau an der Untersee gebahrt. Der Zweck aller dieser Auslieferungen war, die ursprünglich streikenden Arbeiter zur Aufgabe ihrer Forderungen dadurch zu zwingen, daß man den beteiligten Organisationen eine möglichst große Zahl zu unterliegenden Arbeiter auslieferte, um ihre finanzielle Erschöpfung herbeizuführen. Aber auch diese Auslieferungstaktik hat nach dem Scheitern führender Männer der Unternehmerverbände nicht die erhoffte Wirkung erzielt. Man erwidert jetzt den Plan einer über das Reich sich erstreckenden Auslieferung nach dem ABC. Mit dieser neuen Taktik werden die Unternehmer aber genau so wenig Erfolg haben, wie mit ihrer bisherigen. Gatten sie auch hier und da einen scheinbaren Erfolg zu verzeichnen, so lassen sie nachher gar bald ein, daß die befreite Organisation nach der Auslieferung in der Regel härter als zuvor war. Die unorganisierten Arbeiter wurden in die Organisationen geradezu hineingeworfen, und diese warteten nur einen günstigen Zeitpunkt ab, um von neuem loszuschlagen. Diese Gegentaktik der Gewerkschaften, die auch bei der Auslieferung in Sagen empfohlen wurde, wird in neuerer Zeit von allen fortgeschrittenen Organisationen gepflegt. Den Streik auf der Höhe abbrechen, um ihn später ungeschwächt und mit größerer Ausdauer auf Erfolg von neuem zu beginnen, das ist die Taktik, die notwendigweise der Auslieferungstaktik der Unternehmerverbände entgegensteht und so lange angewandt werden muß, bis man mit den Arbeiterorganisationen über die Arbeitsbedingungen verhandelt und den Arbeitern entgegenkommen zeigt. Mit wenig Mitteln soll man den größtmöglichen Erfolg herauszuschlagen suchen. Wo das nicht zu erreichen ist, da ist es besser, den Kampf vor zeitiger Erschöpfung abzubrechen. Derartige „Hinterlagen“ verwarfen sich oftmals in kürzester Zeit in einem Erfolg der Gewerkschaftsidee. Sie hindern ihren Fortschritt nicht mehr, sondern begünstigen ihn, wobei allerdings herausgestellt werden muß, daß die Arbeiter ihre Schuldigkeit für die Organisation tun. Sobald man die Arbeit der Arbeiter der Beipflichtung der Auslieferung in der hundertfachen Metallindustrie zu. In dieser Sache sei von Seiten, die ein Interesse daran haben, die Arbeiter zu machen und gegen die Leiter der Bewegung aufzugeben. Mißtrauen auch in die Mitgliedschaften unserer Verbände hineinzutragen werden. Im hundertfachen Gewerkschaften werden wir versuchen, das Mißtrauen sei durch den vollen Konzentration auf eine Jugend angeleitet. Die Arbeiterorganisationen dagegen müssen das Mißtrauen als eine der größten Untugenden bekämpfen, denn in der Arbeiterorganisation verbände

alle das gleiche gemeinsame Interesse. Da darf es kein Mißtrauen geben, weil die eigene Sache darunter nicht leidet. Herr Gleichauf vom Gewerksverein habe im Regulator geschrieben, daß er (Redner) sich „die Führe wund gelassen habe, um zu Verhandlungen mit den Unternehmern zu kommen“. Das ist nicht wahr. Was tat aber Herr Gleichauf? Er ließ von einer unserer Geschäftsstellen in Bayern zu der anderen, um die Anerkennung seiner Organisation bei uns zu erreichen, die er bei den Unternehmern nicht erreichen kann. Das beweist am besten die Arbeitgeber-Zeitung, die die christlichen und kirchlich-Dundertigen Gewerkschaften als Mitläufer der sozial-demokratischen Gewerkschaften bezeichnet. Das sind sie in der Tat. Blätter man im Buche der Geschichte der sozialen Kämpfe unserer Zeit, so fällt es schwer, auch nur einen Kampf zu finden, den die Gewerksvereine selbständig geführt und gewonnen haben. Zudem ist es ein gewaltiger Unterschied, ob man an einer Bewegung mit 700 bis 800 Mann oder mit 12000 bis 15000 beteiligt ist. Die Verantwortung ist jedenfalls im letzteren Falle eine bedeutend größere. Von einer Niederlage kann auch bei der bayerischen Ausperrung nicht gesprochen werden, es war ein ehrenvoller Vergleich. Das nicht mehr erreicht wurde, lag an den nicht gerade günstigen wirtschaftlichen Verhältnissen. So hatte die Münchener Maschinenfabrik erst eine jahrelang anhaltende Krise überstanden und noch nicht den Beschäftigungsgrad wieder erreicht, der zu einem vollen Erfolg unentbehrlich war. Das haben die Arbeiter, trotz der Warnung der von Gleichauf für den Ausgang der Bewegung verantwortlich gemachten Führer, nicht genügend beachtet. Sie entschieden, wie so häufig, aus dem Gefühl heraus, daß ihnen Unrecht geschähe, wogegen unter allen Umständen protestiert werden müsse. In diesem Punkte hat die Organisation noch eine große Erziehungsarbeit zu leisten. In Augsburg habe man alle Ursachen, mit dem Ausperrung der Bewegung zufrieden zu sein. Hätte hier die Ausperrung länger gedauert, so wären Hunderte von Kollegen umgefallen, sie hätten anstatt eines ehrenvollen Friedens eine schmachvolle Niederlage erlitten. (Sehr richtig.) Das beweise an dem hier unter Protestation der Direktion der Maschinenfabrik begründete Verein Arbeitswilliger. So aber ist auch hier die Bahn frei für die Organisation, die in ganz Bayern durch die Ausperrung um rund 4000 Mitglieder zugenommen hat. Der Kampf habe aber auch sonst verschiedene Verbesserungen gebracht. Namentlich bei der Akkordarbeit ist die bisherige Willkür der Meister gebrochen. Gestützt hat dieser Kampf unserer Organisation, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, rund 400000 Mk. Die heutigen Ausperrungen fördern die Organisationen der Arbeiter, trotzdem werden wir ihnen, wo es mit der Ehre und dem Ansehen unserer Organisation vereinbar ist, auch in Zukunft aus dem Wege gehen. Unsere Aufgabe muß es sein, die Kräfte zu zentralisieren, die Organisation noch widerstandsfähiger zu machen als sie bereits ist. Disziplin müssen wir ihnen unter uns selbst und auf die neugewonnenen Mitglieder erzückerlich einwirken, Männer und Frauen, gleichviel, wer sie sind, beteiligen. Mit einem die Macht der Vereinigung anschaulich darstellenden Gleichnis schloß der Redner seine Ausführungen. Lebhafter Beifall wurde ihm zu teil. Eine Diskussion wurde, nachdem ein Kollege seine Zustimmung zu den Ausführungen des Referenten ausgesprochen hatte, nicht beliebt und so wurde die Versammlung nach Beantwortung einiger an den Referenten gestellten Fragen geschlossen.

Brandenburg a. S. Eine Werkfirma und ihre Arbeiter. Zwei bedeutsame Verhandlungen der Reichsdeutschen Arbeiterinnen und Arbeiter fanden am Sonntag den 29. Oktober und Mittwoch den 1. November im Apollotheater statt. In der Sonntagsversammlung erarbeitete zunächst Kollege Meißner Bericht über die Tätigkeit des Arbeiterausschusses. Aus diesem Bericht ist zu entnehmen, daß es dem Ausschuss nur zum Teile gelungen ist, die berechtigten Wünsche der Arbeiter zur Durchführung zu bringen; es werden noch Jahre darüber hingehen, wenn das Tempo so bleibt wie es zurzeit ist, ehe die Arbeitsräume der Firma Reichstein den Anforderungen, die die Gewerbebehörden schon jetzt stellen, entsprechen. Redner gibt das Versprechen, daß der Ausschuss immer wieder die Wünsche der Arbeiter nach mehr Licht, Wasser und Ventilation der Firma vortragen werde. Zur Frage der Veränderung der Arbeitszeit und der Frühruhepause sprach der Geschäftsführer des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Redner wandte sich schärf gegen die Art, wie die Firma die Veränderungen vorgenommen hat. Die Verschiebung des Anlaufes der Arbeitszeit von morgens 6 auf morgens 7 Uhr, ferner die Verkürzung der Frühruhepause um 10 Minuten stellt eine Abänderung der Arbeitsordnung dar; laut Gewerbeordnung § 134 a Absatz 3 und 4 darf aber eine Abänderung nur durch Nachtrag erfolgen, und muß die Befristung vierzehn Tage durch Ausschuss geschehen, um den Vertretern der Arbeiter Gelegenheit zu geben, sich darüber zu äußern. Diese Befristung muß der Firma bekannt sein, ist doch ein Mitglied der Firma Wühler am hiesigen Gewerbeamt und spricht derselbe in Straßfällen nach der Gewerbeordnung Recht. Gegen ein solches Verfahren, wie es hier beliebt ist, protestieren die Arbeiter und Rednerinnen. Ferner ist den bei der Firma Beschäftigten die Zeit von Wochen der Hände vor den Pausen durch Verbot entzogen. Da diese Befristung eine generelle ist oder nur von einzelnen Meistern, die ihre Unentbehrlichkeit den Herren Reichstein beweisen wollen, ausgesetzt wird, läßt Redner dahingestellt. Jedenfalls mußte aber auch in dieser Angelegenheit Klarheit geschaffen werden. Ebenso ist es nicht zulässig, daß die Pausen durch das spätere Signal beim Anlauf und das frühere beim Schluß willkürlich verkürzt werden. Eine solche heimliche Politik ist einer Werkfirma, wie es die Firma Reichstein doch sein will und es auch tatsächlich ist, unwürdig. Die Arbeiter werden durch solche kleine Nadelstiche unnötig verärgert. Redner empfiehlt der Versammlung, die Vertreter der Organisationen zu beauftragen, wegen der von ihm geringen Abstände mit der Firma Verhandlungen anzubahnen und auf Befristung derselben zu drängen. Ferner ermittelte er folgende Resolution: „Die heute am 29. Oktober im Apollotheater tagende Versammlung aller bei der Firma Reichstein beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen nimmt Kenntnis von dem Bericht des Arbeiterausschusses. Die Versammelten erklären sich, wenn nicht anders möglich, mit der neuerdings vorgenommenen Verlegung der Arbeitszeit einverstanden; jedoch erachtet es die Versammlung für notwendig, daß bei allen Veränderungen der Arbeitsordnung sowie in allen die Arbeiter und Arbeiterinnen betreffenden Angelegenheiten der Arbeiterausschuss, als die berufene Vertretung der Arbeiterschaft, vorher gehört wird. Die Versammlung protestiert aber gegen die willkürliche Verkürzung der bisher üblich gewesenen Pausen und beauftragt die Vertreter der in Betracht kommenden Organisationen in Verbindung mit dem Arbeiterausschuss, die Regelung der noch bestehenden Differenzen Verhandlungen mit der Firma anzubahnen.“ — In der Debatte kamen der Unwille und die Unzufriedenheit der Arbeiter in drastischer Weise zum Ausdruck. Trotzdem einem Teile der Versammelten die Resolution nicht weit genug ging, wurde sie mit großer Mehrheit angenommen. — In der Versammlung am Mittwoch erarbeitete Kollege Meißner Bericht über die Verhandlung mit der Firma in betreff der kritischen Punkte. Eine Verhandlung mit den Vertretern der Organisationen leitete die Firma ab, da die Differenzpunkte nicht so schwerwiegend Natur seien, daß eine Verständigung mit dem Arbeiterausschuss nicht möglich wäre. In betreff der Veränderung der Arbeitsordnung ohne Zustimmung des Arbeiterausschusses und ohne die vorgeschriebene Zeit erklärte die Firma, daß ihr die Bestimmungen nicht bekannt waren, daß sie aber in Zukunft sich danach richten würde. Die Pausen sollen für die Zukunft genau angegeben werden, ferner sollen alle Arbeiter, die in der Metallbranche beschäftigt sind, das Recht haben, sich vor Beginn der Pausen die Hände zu waschen. Eine Wiederbestellung der Arbeitszeit von morgens 6 bis abend 6 Uhr lehnte die Firma für die Wintermonate ab, dagegen soll für die Sommermonate die alte Arbeitszeit von 6 bis 6 Uhr zur Einführung kommen. — In der Diskussion wurde dem Vorschlag, diese Angelegenheiten anzunehmen, zugestimmt, aber auch den Arbeitern der Rat gegeben, namentlich auf Kritik Durchführung der Forderung zu achten und den Meistern, die entgegen diesen Abmachungen ihre besonderen Bestimmungen selbst durch Durchsetzung und Verhängung von Geldstrafen Geltung zu verschaffen suchen, energisch entgegenzutreten. Der Eindruck dieser beiden Veram-

lungen auf jeden Unbeteiligten war der, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Reichstein sich heute nicht mehr jede Be-

Einblick. Die Grignierische Nähmaschinen- und Fahrradfabrik ist eine der größten Europas. Sie beschäftigt zurzeit über 3000 Personen und produziert jährlich über 120000 Nähmaschinen und 20000 Fahrräder. Die Nähmaschinenabteilung ist die ältere, die Fahrradabteilung noch verhältnismäßig jung. Die Fabrik wurde Anfangs der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts durch Grignier sen., ehemaligen Konsul in Kanada, gegründet. Im Geschäftsjahr 1904 erzielte das Unternehmen einen Reingewinn von 674981,82 Mk., erlöste 20000 Mk., die für „Wohlfahrtszwecke“ verwendet wurden. Da die Firma zurzeit in der bayerischen Preile Metallarbeiter aller Branchen sucht, so fühlen wir uns verpflichtet, diesen Inseraten einen Kommentar zu geben. Wie bekannt ist, tobte voriges Jahr vom Oktober bis nach Weihnachten zwischen der Firma und ihren im Streit befindlichen Schleifern ein heftiger Kampf, weil diese sich erlaubten, einen Sabotage einzureichen, der seinen anderen Zweck hatte, als geregelt wohn- und Arbeitsverhältnisse in der Schleierei herbeizuführen. Die Direktion, die immer erklärte, jederzeit für ihre Arbeiter zu sprechen zu sein, hatte aber keine Zeit, mit den Schleifern zu verhandeln. Sie holte sich dagegen Rat in Berlin bei den Führungskräften. Die gerechte Forderung der Schleifer wurde durch eine große Anzahl Arbeitswilliger und durch die Kampfesweise der Betriebsleitung unterdrückt. Die Leute, die damals für Hebung ihrer Lage kämpften, wurden noch Beendigung der Schleiervorgänge durch schwarze Wägen in Karlsruhe und Umgebung und in ganz Süddeutschland geschickt. Überall, wo sie Arbeit suchten, wurden sie abgewiesen, so daß heute noch eine Anzahl vorhanden sind, die kein besseres Arbeitsverhältnis haben. Was veranlaßt nun die Firma, jetzt Leute zu suchen? Die Firma besitzt eine große Anzahl Depots im Auslande. Um diese zu füllen, braucht sie jeden Tag 500 Nähmaschinen, die bisherige Produktion war 350 den Tag. Die beschriebene Mehrproduktion hat keinen anderen Zweck als den, sich vor den am 1. März 1906 in Kraft tretenden Maschinenrollen auf längere Zeit zu schützen, damit der Profit ungeschmälert bleibt. Deshalb müssen die Arbeiter Überstunden machen, ohne daß sie einen Aufschlag erhalten. Der Montiermeister B. äußerte vor einiger Zeit zu seinen Montieren: „Ich müßte jetzt überstunden machen und bis Frühjahr könnt ihr dann vier Wochen aussetzen.“ Was eine rosigte Zukunft! Es ist also klar, daß das Arbeitsverhältnis bei Grignier kein dauerndes ist. Das Versprechen „dauernder Stellung“ darf niemand als bare Münze nehmen. Sobald die Lager gefüllt sind, beginnt entweder die schändliche Behandlung durch die Meister, so daß jeder gerne selbst geht, oder es folgt Entlassung, unbekannt mit der Betriebsleitung. Über die Behandlung können die Montiere der verschiedenen Abteilungen vieles erzählen. Allerdings wird die schändliche Methode nicht bei jedem angewendet. So zum Beispiel nicht bei den aktiven Mitgliedern des Gefangenenvereins der Nähmaschinenbauer. Die Anwärter dieses Gefangenenvereins (richtiger: gelbe Gewerkschaft) zeigen aufwärts, selbst wenn ihre praktischen Kenntnisse weit hinter denen eines Durchschnittsarbeiters zurückbleiben. Tagelang wird den qualifizierten Arbeitern, die sich nicht von diesem Gefangenenverein missern lassen, das Leben schwer gemacht. Der Vorstand dieses Gefangenenvereins ist der Werkführer Sauerländer. Dieser machte vor einiger Zeit einem Meister und mehreren Arbeitern, die einem anderen Gefangenenverein angehören, Vorwürfe, weil sie sich nicht dem Gefangenenverein anschließen. Er bemerkte, daß er ein Verzeichnis anlegen wolle von allen Arbeitern, die ihm unbekannt sind und seinem Verein nicht huldigen. Wir müssen nun öffentlich fragen, ob der Leitung des Betriebs dieses Treiben bekannt ist und ob sie damit einverstanden ist? Ausgeschlossen ist das nicht, denn die Betriebsleitung hat es nur zu gut verstanden, zwei Klassen von Arbeitern zu schaffen. Die auswärtigen Kollegen erleben aus dem Augenblicke, daß die Verhältnisse in der Nähmaschinenabteilung von Grignier keine idealen sind. Wir raten ihnen daher, bevor sie den Sprung ins Dunkle wagen, sich zu verichern (konkret), daß das von der Firma in ihren Inseraten versprochene dauernde Arbeitsverhältnis bei gutem Lohne kein fauler Zauber ist. Nun noch einige Worte über eine andere Kategorie von Arbeitern, die ländlichen. Es wäre eine Verkennung der Dinge, wenn man annehmen wollte, daß diese Arbeiter glücklicher und freudiger leben als die Arbeiter in der Stadt. Das Los dieser Arbeiter ist: Frühmorgens, vor Beginn der Fabrikarbeit, aufs Feld! Dann ein Kneuen zur Fabrik, dort ein Haften! Von unserer Organisation sind ihnen viel Zeit und Mittel geopfert worden, diesen Leuten klar zu machen, daß sie ihre traurige wirtschaftliche Lage nur dadurch verbessern können, wenn sie sich zusammenschließen, das heißt dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beitreten. — Die Zustände in der Fahrradbranche müssen wir ebenfalls erwähnen. Im Sommer haben wir darin die „rote Saison“. Es ist die Zeit, in der für die kommende Saison die neuen Modelle und die neuen Preislisten fertiggestellt werden. Regelmäßig traten bisher in dieser Zeit die Schmäddage ein. Jede veränderte Operation wurde neu reguliert. „Regulierung“ bedeutete eine Reduzierung. Wir werten hundert gegen eins, daß bei der nächsten „Regulierung“ trotz der günstigen Konjunktur eine Reduzierung der Akkordlöhne vorgenommen wird. Die Akkord- und Lohnsätze für Schloßer, Fraiser und Dreher lassen ohnehin viel zu wünschen ist. Charakteristisch sind die großen Unterschiede im Verdienst. Ein Schloßer kommt bei allem Zusatze vielleicht auf 2,50 Mk. den Tag, sein Nebenkollege bei einem bescheiden Akkord etwas höhere Intelligenz, ohne größere Anstrengung, vielleicht auf 3 Mk. Das ist ein Mißstand, den die Arbeiter, wenn sie klar organisiert wären, ebenfalls mit der Firma „regulieren“ könnten. Im Motorbau ist es kein Zehntel besser. Dort arbeitet alles in Lohn, es werden aber minner Löhne bezahlt, die jeder Betriebsleitung spotten. Deshalb ist diese Verfassung auch der reinste Laubenschlag. In diesen traurigen Verhältnissen müssen sich die Arbeiter auch noch schillern lassen. Am besten versteht es ein gewisser Meister Meißner, der in der Schleierei dominiert. Ein Arbeiter bekam einen schlecht bezahlten Akkord. Er verachtete es, dem Meister Dienst klar zu machen, daß die Arbeit um den gebotenen Preis nicht gemacht werden könne. Antwort: „Wenn's Ihnen nicht paßt, dann gehen Sie raus; ich kann von Reduktum und Schloßer genug haben.“ Ferner hat es dieser Herr Dienst auch verstanden, eine Klippe von Demuzianten zu jagen, die für die anderen Arbeiter eine wahre Plage sind. Wegen seines schneidigen Auftretens wird Dienst allgemein „der General“ genannt. Großer Wert legt er in seiner Rede auf das Rollenrücken, bei dem natürlich seine Getreuen die fettesten Sappen bekommen. Wenn er hinausgeht will, der wird in eine andere Richtung verweist und ihm das Leben so vergällt, daß er selbst gern geht. Zum Schluß wollen wir der Grignierischen Arbeiterschaft noch zurufen, daß sie an diesen traurigen Zuständen selbst die größte Schuld trägt. Wenn die Arbeiter sich aus dieser Misere befreien wollen, so müssen sie das einzig richtige Mittel anwenden, sich zu organisieren, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten.

Offen. Die „Wohlfahrtsfirma“ Krupp hat unter den unerlösten Aktionären, Armeeleistungen und dem Günstigen von Millionen aus Reichsmitteln sehr zu leiden“. Sie ist mit Aufrichtern überhäuft. Die Arbeiter werden nur zum Überzeitharbeiten angelernt, ja, man versucht, sie zur Sonntagsarbeit zu pressen. Mit dem Verdienst, den die Arbeiter durch Tag- und Nachtschicht, durch Überzeit- und Sonntagsarbeit erzielen, wählt man dann wieder in aller Welt, obwohl aber Arbeitermangel vorhanden ist, greift man zur Maßregelung von Kollegen. So ist ein Kollege von dem Betriebsführer Nippert gemarkregelt worden, trotzdem er ihm das mündliche Zeugnis hat ausstellen müssen, das er weder ein Dummler noch ein schlechter Arbeiter ist. Eine Betriebsbesprechung, die dazu Stellung nahm, wählte eine Kommission, um bei Nippert vorstellig zu werden. Sollte die Kommission abschlägig beschieden werden, so ist sofort eine Anzahl Kollegen bereit, die Kündigung einzurücken. Am 1. November fand eine Vertrauensmännerversammlung statt, in der die Sonntagsarbeit und die Markreglung des Kollegen eingehend scharf diskutiert wurde. Folgende Resolution wurde gefaßt und der Direktion zugesandt: „Die aus 153 der verschiedenen Werkstätten der Firma Krupp on-

wesenden Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Verwaltungsratsleiter Egon a. Rahr, protestieren ganz entschieden dagegen, daß man die Arbeiter nicht allein zu den Überstunden zwingt, sondern sie sogar zu der Sonntagsarbeit, wie es in dem Betrieb Nippert bereits geschieht, drängt. Die Anwesenden sind der Meinung, daß diese für die Arbeiter unangenehme Arbeitsmethode nicht von der Direktion, sondern von einzelnen Betriebsführern angeordnet wird. Ferner protestieren die Anwesenden gegen den Willkür des Herrn Betriebsführers Nippert, indem derselbe den Kollegen Nische, Maschinenverleiher 2., obwohl Herr Nippert zugeben muß, daß Nische weder ein Dummler noch schlechter Arbeiter ist, ohne jeden Grund geändigt hat. Sollte Herr Nippert die Zugehörigkeit zur Organisation als Grund angeben, so machen die anwesenden Vertrauensleute geltend, daß der § 152 der Gewerbeordnung auch für die Kruppischen Arbeiter gilt und sie von diesem Rechte vollen Gebrauch machen.“ Am 3. November, abends 6 Uhr, fand eine Versammlung statt, an der nur die Arbeiter der Tageschicht teilnehmten konnten. Wohl 2000 Kollegen waren erschienen. Alle Redner gebieten das Verhalten der Firma Krupp. Auch hier fand unter großem Beifall die einstimmige Annahme folgender Resolution statt: „Die heute im Saale des Herrn Rahr, Wien-Pl., tagende Betriebsbesprechung der Gießereiabteilung, von 2000 Personen besucht, protestiert ganz entschieden gegen die Aufrichtung der Sonntagsarbeit. Die Versammlung ist der Meinung, daß durch das Überstundenwesen und doppelte Schicht schon vollst. für die Krankenhäuser gesorgt wird. Daher lehnen die Arbeiter es entschieden ab, an dem geschickten, für alle Menschen bestimmten Arbeitstag, dem Sonntag, zu arbeiten. In der heutigen Zeit, wo man den Arbeiter von allen Seiten mit der Religion zu bestücken sucht, sollte man nicht vergessen, daß auch die Religion vorschreibt, sechs Tage sollst du arbeiten und den siebenten Tag ruhen. Die Betriebsbesprechung erwartet von der Direktion, daß sie den Wünschen der Arbeiter Rechnung trägt, die Überstunden auf das notwendigste Maß einschränkt und die Sonntagsarbeit verbietet. Die Versammlung protestiert ferner dagegen, daß sich der Betriebsführer Nippert erlaubt, in Angelegenheiten privater Natur seiner ihm unterstellten Arbeiter zu mischen, indem er einen Arbeiter gemarkregelt hat, der nur das getan hat, was ihm der § 152 der Gewerbeordnung erlaubt. Die Versammlung nimmt an, daß auch bei dieser Angelegenheit die Direktion nicht beteiligt ist und nach Klärung der Sachlage dem Herrn Betriebsführer Nippert erlaubt, die geschickten Bestimmungen zu achten. Die Anwesenden erwarten, daß sich alle mit dem gekündigten Kollegen solidarisch erklären. Sie verpflichten sich, treu zur Organisation zu halten, in keinem Falle zurückzutreten, sondern unermüdet die gesetzlichen Rechte zu wahren.“ Es wurde ferner beschlossen, dem Reichstag und dem Reichsminister wegen der Sonntagsarbeit Nachricht zu geben.

Prohok. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Reparaturwerkstatt der hiesigen Alfons-Fordend-Fabrik sind die schlechtesten. In der Schleierei und Schmutzwerkstatt sind die Lohnverhältnisse, es werden Stundenlöhne von 30 und 35 Pf. bezahlt. Der Meister dieser Abteilungen kann auf Arbeiter in Prozent Aufschlag geben. Dieses Schicksal ist noch viel schlimmer als das in unserer Organ. kritisierte Präsidentenlohnsystem. Der Schmutzwerker Smowski zahlt für Überstunden und Sonntagsarbeit statt des Stundenlohnes von 34 und 35 Pf., den er in der Woche haben, nur 1 Pf. Als dieser Meister noch als Geselle arbeitete, konnte er nie genug bekommen. Die Behandlung in der Schleierei ist eine gute. Beschwerden der Kollegen finden bei dem Meister Berücksichtigung; infolge dessen herrscht hier ein einig und gemächliches Band in Hand arbeiten. Die Arbeit ist aber auch da einer Aufbesserung bedürftig. Die von der Firma eingeführten Wohlstandsmaßnahmen sind ein großes Hindernis für unsere Organisation. Ein an die Betriebsleitung gerichteter Schreiben wußten gerade solche Kollegen nicht unterzubringen, die Wohnungen der Firma innehaben. Hier durch das gute Zusammenarbeiten der übrigen Kollegen wurde etwas erreicht, die Arbeitszeit wurde um eine Viertelstunde verkürzt und das Versprechen gegeben, daß zu Neujahr eine Vohnerhöhung eintritt. Wir fordern alle uns hier noch fernstehenden Kollegen auf, dem Deutschen Metallarbeiter-Verband beizutreten, damit wir für alle Fälle gerüstet sind.

Mann i. W. Eine vorwärts starr behaftete Versammlung der Metallarbeiter wurde hier am Reformationsfest (31. Oktober) im Schillergarten abgehalten. Kollege Feldt aus Dresden behandelte das Thema: „Die Ausperrungspolitik des Unternehmens und die Arbeiter in anderthalbtausendiger Rede.“ Er bewies, von der Ausperrung in Amerika abgesehen, daß die Ausperrungen an der Unterwelt, in der Eisenindustrie in Berlin, die Ausperrung in Bayern und endlich die Ausperrung in der Berliner Eisenindustrie folgten, daß die geschmacklossten Unterstellungen den Arbeitern durchaus nicht mehr gläubig sein können. Wenn das Unternehmen diese die nach dem Falle des Betriebsverfalles müßigen ererbten schwebenden Gewerkschaften geschick hat, so zu sagen sich als Partei Gehalt fühlend mit dem linken David von Arbeiterorganisation spielte, so ist dies keine bedauerliche Sache. Die wichtigste und wichtigste Gewerkschaftsbewegung ist ein Maßstab, mit dem das Unternehmen in seinen Lagen. Wenn die Unternehmer früher glückten, durch Maßnahmen die Bewegung zu unterhalten zu können, so haben sie sich gewaltig geirrt. Denn selbst die großen Ausperrungen in letzter Zeit haben die Wünsche des Unternehmens nicht erfüllt. Der Plan der UBS-Ausperrung zeigt so richtig den Charakter des deutschen Unternehmens und die Folge davon ist, daß auch der künftige Arbeiter, der noch glaubt „lieb sein“ bei den Unternehmern spielen zu können, nachgeben und sich bestimme, indem er gleich den übrigen auch Strafen zahlen muß und dem Hunger überlassen wird. Die Arbeiter sollten nicht daraufhin nach dem Grunde handeln. Auf einem Seil in anderthalbtausend“ und sich ihnen heute Mann für Mann der Organisation anschließen. Sind die Unternehmer, die sich gegen jede Forderung der Arbeiter, sei es auch die geringste, ablehnend verhalten, nicht gerade im flauersten Geschäftszweig gesetzt, Konflikte mit den Arbeitern heraufbeschworen? Nicht selten müssen die Arbeiter sich gegen Lohnreduzierungen, Arbeiterentlassungen u. s. w. wehren, nachdem man in letzten Noter Konjunktur die Arbeiter durch Überstunden und sonstige Maßnahmen ausbeutet hat. Erfolg ist aber nur dort zu verzeichnen, wo die Arbeiter die Notwendigkeit einer starken Organisation erkannt haben. Das Unternehmen legt seinen Kriegszug gegen die Arbeiter in geheimen Sitzungen zurück; hinter verschlossenen Türen wird über das Wohl und Wehe Tausender anderer Arbeiter der Stab gebrochen, während die Arbeiter gezwungen sind, in öffentlichen Versammlungen ihre Angelegenheit zu erörtern. Dies konnte durch eine gut ausgebildete Organisation verhindert werden. Schlechte Diplomaten. Gelb wären wir, wollten wir den Unternehmern alles schon vorher auf die Nase laden! (Meister Beifall.) Zu diesen Ausführungen hatten die Diskussionsredner wenig hinzuzufügen. Sie richteten sich deshalb zunächst gegen die Kampfesweise der sich hier eingemischten kirchlich-Dundertauer, von denen einige erschienen waren. Kollege Hochburg kritisierte das dümmelste Benehmen einzelner dieser Herren. Es seien ihm Ausgerungen derselben bekannt geworden, wie: „Was, du barmherziger Schwein, bist auch so nump vom Deutschen Metallarbeiter-Verband?“ und: „Ja, in dem kirchlich-Dundertigen Gewerksverein sind nur die besserstellten Arbeiter, während im Metallarbeiter-Verband der Fleiß der Arbeiterarbeit organisiert ist.“ Redner gab einen Artikel des Regulator bekannt, der das Überstundenwesen in der Wagladischen Maschinenfabrik bespricht, wobei den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes der Vorwurf gemacht wird, nichts dagegen unternommen zu haben, obwohl sie die härtere Organisation kennen. Der Artikel verweigert aber, daß die Organisationsverhältnisse gerade in diesem Betrieb noch so traurig sind, daß von einem erfolgreichen Eingreifen nicht die Rede sein könne. Kollege Metz bekannte sich als ehemaliger Mitbegründer eines kirchlich-Dundertigen Zweigvereins, meinte aber, von einer derartigen Streikbrecherorganisation müsse sich jeder halbwegs verständige Arbeiter abheben. Kollege Söber führte aus: Man habe bisher von den „Kirchlichen“ keine Notiz genommen, wenn sie aber, wie es in dem betreffenden Artikel der Fall, Gemeinheiten und Verleumdungen gegen ihre eigenen

Arbeitsbrüder schuldern, so sei es wohl an der Zeit, daß ihnen einmal herb auf die Finger geklopft wird. Jeder möge über seine wirtschaftliche Lage nachdenken und versuchen, sie zu heben; überall, wo wir bessere Löhne, geregelte Arbeitszeit u. s. w. zu verzeichnen haben, seien dieselben in harten Kämpfen von den Arbeitern errungen. Wo seien die Erfolge der 37-jährigen Humanitätsburelei der Hirsch-Dunderscher? Nichts hat das Unternehmertum von selbst gegeben. Den Hirsch-Dunderscher Metallarbeitern muß es zur Gewißheit werden, daß nur der Deutsche Metallarbeiter-Verband ernstlich bestrebt sei, die Lage seiner Mitglieder zu heben. Deshalb muß jeder zur Stärkung der Organisation beitragen. (Beifall.) Nach einem kurzen Schlusswort des Kollegen Delt, der noch besonders auf die schädlichen Einwirkungen des gegenseitigen Befehdens hinwies, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute im Schillerpark tagende von 300 Metallarbeitern besuchte Versammlung erkennt als wirksames Mittel, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu heben, dabei aber auch den maßlosen Ausperrungen der Unternehmer entgegenzutreten zu können, die gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Metallarbeiter-Verband, an. Die Versammlung verpflichtet sich, zur Stärkung der Organisation ihre ganze Kraft einzusetzen.“ Damit fand die imposante Versammlung ihr Ende. An euch, ihr Hirsch-Dunderscher Kollegen, liegt es nun, das Beschlossene auch wahr zu machen! — Durch diese für uns erfolgreich eingeleitete Aktion angekündelt, glaubten nun die Hirsch-Dunderscher auch etwas unternehmen zu müssen, sie hatten deshalb für den 6. November, vormittags 11 Uhr, eine Versammlung einberufen, die von etwa 25 Gewerkschaften und 80 Verbandsmittgliedern besucht war. Der neue Bezirksleiter der Gewerkschaften, Herberger, sprach über „Alte und neue Streitfragen in der Arbeiterbewegung“. Er sprach eine Menge für die Arbeiter wichtige Fragen wie: Gewerkschaft, Tarifgemeinschaft, Arbeitslosenversicherung, Raiffeisen, Genossenschaftswesen, Unterstützungsvereine, Versicherungsweisen u. a. m., ohne auch nur irgend näher auf eine dieser Fragen einzugehen, alles monoton herabzuerzählen, von einem geistigen Hineinarbeiten in all diese wichtigen Fragen bemerkten wir nichts. Seinem Vortrage über die moderne Arbeiterbewegung gab er schließlich dem Ausdruck, daß er behauptete, in den Genossenschaft und Krankenversicherungen würden nur Beamte mit dem dreimal gestempelten Nachweis, „Sozialdemokrat zu sein“, angestellt. In der „freien Aussprache“ wurden von den Kollegen Hochburg, Kretschmar und Hoher unser Standpunkt gebührend klar gemacht. Unser letzterer wurde besonders hervorgehoben, daß die Arbeiter alle Ursache haben, sich neben gewerkschaftlichen auch um politische Dinge zu kümmern, denn es sei zur Genüge erwiesen, daß sich der Geist der kapitalistischen Scharfmacher auch auf die Gesetzgebung übertrage. Der Referent mußte in seinem Schlusswort vieles von uns Angeführte zugeben, auch daß die großen Organisationen bedeutend leistungsfähiger seien. Er deckte seinen Rückzug mit der Mahnung zur Einigkeit und dann forderte er die Anwesenden zum Beitritt in den Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften auf. Bei dem vom Vorsitzenden am Schlusse ausgebrachten Hoch auf den Gewerkschaften erhoben sich nicht einmal die angeführten 25 Mann. Schritte zur Eindämmung des Überhandnehmens in der Hirsch-Dunderscher Maschinenfabrik eingeleitet wurden wir unter anderem von einigen Mitgliedern des Gewerkschafts erlucht. Im allgemeinen können wir auch mit dem Verlauf dieser Versammlung für uns zufrieden sein. Vorwärts, trotz alledem!

Reichenhain. Entscheidung des Schiedsgerichtes in Reichenhain: Der Beschuldigte, Nadelmacher Karl Schütze, wurde freigesprochen.

Solingen. Die Ausperrung dauert fort. Die Schlägereiarbeiter haben beschlossen, den Kampf um das Koalitionsrecht zu führen und wenn noch so viel Opfer dabei gebracht werden müssen. Was die Unternehmer fordern, zeigt ein Schreiben vom 27. Oktober an den Branchenführer der Schlägereiarbeiter. In diesem heißt es: „Wenn es aber so wäre, wie Sie schreiben, daß die Schlägereiarbeiter selbständig ihre Entscheidung treffen können und werden, so ist es um so unverantwortlicher von den Führern der in den Streik getriebenen Arbeitern, daß dieselben den Streikenden und Ausgesperrten nicht den richtigen Weg zur Beilegung zeigen und selbige darauf aufmerksam machen, daß nur Verhandlungen zuzustande kommen können, wenn die streikenden und ausgesperrten Arbeiter aus dem Metallarbeiter-Verband austreten. Der Verein der Schlägereiarbeiter erklärt im Anschluß hieran ausdrücklich, daß er die Führerorganisation der Arbeiter anerkennt, aber Verhandlungen mit einer Organisation, wie dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, ablehnen muß. Hochachtung: Der Verein der Schlägereiarbeiter Aug. Engel.“ Die Führerorganisation, mit denen die Herren Schiedsrichter werden, müssen ja geeignet sein, die Arbeiter besser an der Nase herumzuführen. In jedem fertige Arbeiter, der nicht auf Eigenbrödeln verfallen ist, kann aber nur der Zusammenschluß im großen Ganzen in Frage kommen. Daran werden auch die schäblichen Wünsche der Solinger Scharfmacher nichts ändern. Welche Doppeltungeltät im Lager der Unternehmer herrscht, wie wenig die Herren daran denken, ein gegebenes Wort zu halten, das beweist ein Schriftstück, das schon einige Zeit älter als das obige ist. Das merkwürdige dabei ist der Umstand, daß derselbe Unternehmer auch da wir seinen Namen gezeichnet hat, sich also mit dem späteren Schreiben im Widerspruch befindet. Demals schrieb man noch: „... daß der Schlägereiarbeiterverein selbständig nichts dagegen einwenden kann, wenn ihr Verein sich dem Metallarbeiter-Verband anlehnt, um so weniger, weil der Verein der Schlägereiarbeiter auch einem bedeutenden Verband angehört.“ Man sollte nun meinen, die Herren Unternehmer müßten vor sich selbst so viel Unklarheit besitzen und einsehen, daß sie sich mit der Parole: „Nieder mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband“ selbst einen Schlag ins Gesicht verfehlen. Aber — der Unternehmerprolet kennt nur die „Ehrlichkeit“, soweit der schrankenlosen Ausbeutung nichts in den Weg gelegt wird. Die Solinger Unternehmer beweisen, daß sie auch keine Ausnahme von der Regel bilden, die Solinger Arbeiter haben deshalb alle Ursache, sich gegenüber ihren Ausbeutern etwas weniger vertrauensselig zu verhalten. Soweit das Kampffeld sich übersehen läßt, wird der Kampf sich wahrscheinlich noch weiter ausdehnen, da die Unternehmer sich durch — Streikarbeit gegenständig ansetzen. In den nächsten Tagen fällt darüber vielleicht die Entscheidung, vielleicht ist sie bei Veröffentlichung dieses Berichtes schon gefallen. Kommt es auf einer größeren Ebene zum Kampfe, dann erlösen wir die Kollegen von ganz Deutschland, die sich hier abspieglenden Dinge genau zu verfolgen, da auch das Unternehmertum alles versucht wird, uns überzuringen.

Schläger.
Breslau. Wir erhielten folgende Zuschrift: „In der Beilage der Nr. 44 Ihrer geschätzten Zeitung vom 4. November 1905 befindet sich eine, meine Blattsaltjahre betreffende Notiz unter der Aufschrift „Schläger“ auf Seite 350 der Zeitung. Auf Grund des Pressegesetzes ersuche ich Sie ergebenst um Aufnahme folgender Berichtigung in der nächsten Nummer (15) Ihrer Zeitung: 1. Es ist unrichtig, daß ich mich eines Lärmschreies schuldig gemacht habe. 2. Es ist unrichtig, daß meine Arbeiterinnen von mir verurteilt wurden, aus dem Metallarbeiter-Verband auszutreten. 3. Es ist unrichtig, daß ich die Aufsperrung habe, ich sei verpflichtet, nur dem Metallarbeiter-Verband angehörige Arbeiterinnen zu beschäftigen. Für vorzüglicher Gedächtnis ergeht Louis Borowow, Blattmetallfabrik.“ (Diese Berichtigung“ vermag an den Tatsachen nichts zu ändern. Redaktion.)

Rundschau.
Gewerkschaftliches.
 Im Ziel hat ein hartnäckiger Kampf der Zimmerer und Maurer, der den ganzen Sommer hindurch tobte, endlich ein Ende gefunden. Nachdem bereits vor einigen Wochen die Zimmerer beschlossen hatten, die Arbeit wieder aufzunehmen, konnten die Maurer

sich mit den von den Unternehmern gebotenen Bedingungen noch nicht einverstanden erklären und führten den Kampf noch einige Wochen weiter. Es sind einige Zugeständnisse, darunter die neunstündige Arbeitszeit vom 1. Januar 1907 ab, erlangt worden.

Einen Vertragsbruch haben sich die Zäpfermeister in Posen zu Schulden kommen lassen. Die Zäpfer halten mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der die Arbeitsbedingungen im Gewerbe regelte und von 1905 bis 1908 gelten sollte. Ohne Grund haben die Meister diesen Vertrag plötzlich gebrochen, indem sie verlangten, daß die Gesellen zu um 10 Prozent niedrigeren Löhnen arbeiten sollten. Verhandlungen vor dem Einigungsamt scheiterten am Widerstand der Meister, worauf die Gesellen einstimmig beschlossen, die Arbeit niederzulegen. Es kommen gegen 150 in Betracht, die fast sämtlich im Zentralverband organisiert sind.

Von der Textilindustrie. Die Versuche der Unternehmer, Aneignung in die Reihen der Ausgesperrten zu bringen, sind gescheitert. Am 6. November wurden laut Beschluß des Gewerkschaftsverbandes die Fabriken wieder geöffnet. In Greiz meldeten sich im ganzen 10 Prozent der Ausgesperrten. In Gera erklärten sich nur ganze 240 bereit, ihren Kollegen in den Rücken zu fallen. In Konneburg, wo inzwischen auch 900 Textilarbeiter ausgesperrt worden sind, fanden sich gar nur 36 Arbeitswillige. Noch einen Schreckschuß verhielten die Unternehmer. Die Versuche der Zäpfermeister, ebenfalls, zum 11. November ihre Arbeiter auszusperrten, was diese aber mit einer sofortigen Arbeitsniederlegung beantworteten. Nachdem sich somit alle Quertreibereien der Unternehmer als wirkungslos erwiesen, beschlossen diese, die Fabriken wieder zu schließen. Es verlautet, daß die Unternehmer allen, die sich bis zum 9. November bereit erklärt hatten, sich des Streikbruchs schuldig zu machen, vom 13. November ab eine Unterstützung zahlen wollen. Verheiratete Weber und Weberinnen sollen etwa 12, unverheiratete 9 Mk. erhalten.

Hirsch-Dunderscher.
 Im Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter ist wieder eine bedeutende „Reform“ erfolgt. Bisher war bei seinen monatlichen Berechnungen stets auch die Mitgliederzahl angegeben. Zum ersten Male ist nun diese Zahl in Nr. 44 des Regulator bei der Berechnung für September weggelassen worden. Wahrscheinlich ist dies aus dem gleichen Grunde geschehen, aus dem man die Protokolle über die Generalratsitzungen nicht mehr veröffentlicht. Die Weglassung dieser Protokolle erfolgte, wie aus dem Chemnitzer Verbandstag mitgeteilt wurde, deshalb, weil „die Gegner darauf ihre Pläne bauen konnten“. Auf die Mitgliederzahlen konnten die Gegner zwar keine „Pläne bauen“, aber sie konnten daraus den Fortschritt über den Rückgang des Gewerkschaftsstandes erfahren. Nun hat der Gewerkschaften der Maschinenbau- und Metallarbeiter im Juni um 339, im Juli um 367, im August um 387, in den drei Monaten zusammen um 1093 Mitglieder abgenommen. Diese Tatsache in Verbindung mit der Weglassung der Mitgliederzahl im September läßt nur den einen Schluß zu, daß in diesem Monat ein weiterer Rückgang stattgefunden hat, und zwar ein so bedeutender, daß es dem Generalrat nicht mehr geraten erschien, diese Höhen seiner Organisation zu zeigen. Noch ein Umstand deutet darauf hin, daß unsere Schlussfolgerung richtig ist: das blindwütige Geschimpfe, die zahllosen Verdächtigungen und Verleumdungen, die Nummer für Nummer im Regulator gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband verübt wurden. Dieses Geschimpfe verfehlt aber vollständig seinen Zweck, denn unser Verband nimmt nach wie vor in erfreulichster Weise zu.

Der hohe „Zentralrat“ der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften hat ein Flugblatt an die Arbeiter der Bersten erlassen. Die Verdächtigungen, die Oberlich auf der Generalversammlung des Metallarbeiter-Verbandes gegen den Deutschen Metallarbeiter-Verband erhoben hat, sind dem Zentralrat gerade gut genug, den Versuch zu unternehmen, sich bei den Werstarbeiter einzufügen, weichen. Doch der Liebe Mühe ist umsonst gewesen und sie wird es auch fernerhin sein. Die Werstarbeiter in ihrer überzogenen Mehrzahl wissen, daß sie von den Hirsch-Dunderscher nicht nur nichts gutes zu erwarten, sondern alles schlimme zu befürchten haben. Weder Willen steht übrigens der Zentralrat den freien Gewerkschaften das empfehlendste Zeugnis aus, indem er schreibt, daß diese es dahin gebracht haben, „daß sich die Unternehmer zur Wehr setzen“. Das bedeutet doch nur, daß die freien Gewerkschaften es sich ernstlich angelegen sein lassen, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. In anderen Fällen könnten sich die Unternehmer ebensoviele „zur Wehr setzen“, wie sie es bisher gegenüber der Hirsch-Dunderscher Gewerkschaften nötig gehabt haben, weil diese niemals ernstliche Forderungen stellen. Das ganze Nachwort der Hirsch-Dunderscher auf plumpem Schwindel! Der Gipfel der Schwinderei ist aber, den Unkundigen mit dem Gesamtvermögen der Gewerkschaften imputieren zu wollen. Von dem Gesamtvermögen von 3½ Millionen Mark gehörten Ende 1904 mehr als zwei Millionen Mark den eingeschriebenen Hilfskassen u. d. Gewerkschaften. Diese Hilfskassen hängen zwar formal mit den Gewerkschaften zusammen, aber in Bezug auf die Finanzen haben sie so wenig mit ihnen zu tun, wie die sonstigen eingeschriebenen Hilfskassen mit dem Deutschen Metallarbeiter-Verband. — Der hohe Zentralrat hätte sich wirklich Mühe und Geld sparen können, denn der Anschlag der Mitglieder des Werstarbeiter Verbandes an den Deutschen Metallarbeiter-Verband hat sich, soweit sie Metallarbeiter sind, inzwischen vollzogen, die Hirsch-Dunderscher sind einmal wieder in der Rolle der betrübten Lohrgerber.

Es gibt „was drauß“.
 Der christliche Gewerkschaftsführer Hirsch in Stolberg (Rheinland) polemisiert in der Nr. 22 des christlichen Metallarbeitergenossenschaftlichen Kollegen Müller und dessen Ausführungen, die er in einer Stolberger Versammlung über den fünfjährigen Arbeiterstreik gemacht hat. Seine im „M.-Glabacher“ Stille gehaltene Engegnung läßt der christliche Sekretär Hirsch in folgenden Schlußworten ausklingen: „Gewisse Müller hat also vollumfänglich bei der Kritik der roten Verbände. Von den christlichen Gewerkschaften mag er nur die Finger weglassen oder es gibt „was drauß“. Verstanden?“

Welch ungeheures Lamento würde sich im christlichen Blättermalde erheben, käme eine solche Äußerung in einem freigewerkschaftlichen Blatte. Als ein neues Schutzbild vor „sozialdemokratischen Kampf mit geistigen Waffen“ würde der Satz von dem „es gibt was drauß“ seine Hände durch ganz Deutschland machen. Aber es steht im Organ des „christlich-sozialen“ Metallarbeiter-Verbandes.

Die amputierte Industrie.
 Unter diesem Titel veröffentlichte die Frankfurter Zeitung am 5. November die Zuschrift eines „Arbeitgebers“, in der von den Berührten, die nach seiner Meinung die neuen Handelsverträge auf den Export von Maschinen nach Rußland ausüben, ein sehr trostloses Bild entworfen wird. Es heißt da:

„Im Jahre 1903 hat Deutschland für 73 Millionen Mark (genau 72983000 Mk.) Maschinen, Instrumente und Apparate, wie es in der Statistik heißt, nach Rußland exportiert, das heißt über ein Fünftel aller Maschinen, die Deutschland überhaupt in andere Länder exportiert hat. Davon waren etwa für 5½ Millionen Mark landwirtschaftliche Maschinen, die im Zoll nicht erhöht werden. Im allgemeinen werden aber die Zölle für die anderen Maschinenarten sehr erhöht, das man sagen kann, daß nächstes Jahr keinesfalls Maschinen für mehr als 15 Millionen Mark nach Rußland exportiert können, das heißt für 60 Millionen Mark werden Maschinen weniger hergestellt, weil für sie dann ein Abnehmer fehlt. In diesen 60 Millionen Mark steckt etwa ein Drittel an Arbeitslöhnen, so daß vom Jahre 1906 an der deutschen Metallarbeiterchaft 20 Millionen Mark an Löhnen jährlich entgehen — für nicht verkaufte Maschinen, die ohne die neuen Verträge nur nach Rußland gegangener wären! Nimmt man das Entkommen eines Metallarbeiters einmal auf 1400 bis 1500 Mk. an, dann erkennt man sofort, daß vieleicht fünfzehntausend Metallarbeiter arbeitslos werden müssen, weil Rußland unsere Maschinen den Eintritt verweigert. Man wird fragen, ob denn der Zoll so hoch ist, daß er die Einfuhr

verhindern muß? Da sehe man folgendes Beispiel an: Im Jahre 1903 gingen 32174 mal hundert Kilo an deutschen Werkzeugmaschinen nach Rußland; ihr Wert betrug 1931000 Mk. Der Preis von 100 Kilo Werkzeugmaschinen war also durchschnittlich 60 Mk. In Zukunft beträgt der Zoll für Werkzeugmaschinen, die nach Rußland eingeführt werden, 420 Rubel für das Kub (ein Kub = 16½ Kilo), das heißt rund 50 Mk. per 100 Kilo. Also für Maschinen, deren Wert 60 Mk. per 100 Kilo ist, muß nun an der Grenze 50 Mk. per 100 Kilo zahlen! Eine deutsche Drehbank würde also in Rußland durch Zoll und Fracht mindestens das Doppelte kosten wie in Chemnitz oder Düsseldorf. Es ist also ganz unmöglich, Werkzeugmaschinen in Zukunft nach Rußland zu schicken! In dem Betrag von 1931000 Mk., für welchen Rußland im Jahre 1903 von deutschen Fabriken Werkzeugmaschinen kaufte, sind etwa 600000 Mk. Arbeitslöhne enthalten. Nehmen wir 1500 Mk. für jeden Werkzeugmaschinenarbeiter, dann werden allein 400 deutsche Werkzeugmaschinenarbeiter wegen des russischen Zolls (tarifs) brotlos. Mit anderen Ländern, wie zum Beispiel Österreich, liegt es nicht ganz so schlimm, doch auch fast hoffnungslos.“

Wir erwarten von den neuen Handelsverträgen sicher nichts gutes, ob es aber so schlimm werden wird mit dem Export von Maschinen nach Rußland, muß doch erst abgewartet werden. Der „Arbeitgeber“ fährt dann weiter aus, daß für Arbeitgeber sowohl als für Arbeiter schlimme Zeiten kommen werden. Nur die Fabrikanten, die kapitalkräftig sind, könnten ihren Betrieb aufrecht erhalten, eine große Anzahl Maschinenfabriken müßten ihren Betrieb einstellen. „... Um zu retten, was zu retten ist, bleibt nur übrig, daß sowohl die Fabrikanten wie die Arbeiter sich davon überzeugen, daß ein neues Zeitalter für die Industrie angebrochen ist, daß die fetten Jahre vorerst bald vorüber sein werden, daß man magere wird überleben und dementsprechend die Ansprüche wird herabsetzen müssen. Und auf dem Gebiet der Sozialpolitik wird sich vermutlich gar merkwürdiges ereignen. Wer wird noch vom achtstündigen Arbeitstag reden, wenn keine Arbeit für vier Stunden zu beschaffen ist? Wer wird den Maifeiertag feiern wollen, wenn die Fabrikanten nach solch einem Ruhetage wie nach einem letzten Strohhalm greifen?“

Daß die Frankfurter Zeitung diese Sätze auch wiedergegeben hat, kann man begreiflich finden, daß aber sogar die Dortmunder Arbeiterzeitung und die Bergische Arbeiterstimme darauf herein gefallen sind, ohne ein Wort der Kritik darüber zu verlieren, verheißt, wer kann. Denn der Hinweis auf die Herabsetzung der Ansprüche bedeutet doch nichts weiter, als daß sich die Arbeiter in Zukunft jede Lohnreduktion, die mit den Handelsverträgen motiviert wird, ruhig gefallen lassen sollen. Die Unternehmer werden den Wind, der ihnen von dem „Arbeitgeber“ gegeben wurde, sicher verstehen, sie werden sich dadurch so viel als möglich schadenlos zu halten suchen, daß sie die Löhne reduzieren. Dagegen müssen die Arbeiter mit aller Entschiedenheit Front machen.

Wieder ein Misstrauen.
 Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

Berlin, den 23. September 1905.
 Rundschreiben Nr. 114 pro 1905. J.-Nr. 4478.

Die nachstehend aufgeführten Arbeiter (Stellmacher) der Firma M. J. Hentschewsky & Co. in Hartha (Sachsen) sind in den Aufstand getreten. (Es folgen 19 Namen.)

Auf Antrag des Vereins Deutscher Arbeitgeber-Verbände sind die Genannten gemäß § 25 unserer Satzungen bis auf weiteres von der Einstellung auszuschließen.

Hochachtungsvoll
 Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller.

Wenn dieser gemeingefährliche Unfug aufhören soll, so müssen die Arbeiter selber Hand anlegen. Von keiner Regierung, von keinem Gericht haben sie Hilfe zu erwarten.

Wie sich die Unternehmer schadenlos halten,
 zeigt ein Rundschreiben, das die Berliner Wäschefabrikanten an ihre Genossenschaft erlassen haben. Es heißt darin: „Infolge der Erhöhung der Arbeitslöhne sowie infolge der steigenden Tendenz der Baumwoll- und Leinwandpreise sehen wir uns veranlaßt, die Preise für fertige Wäsche um mindestens fünf Prozent zu erhöhen. Bei den Artikeln, die besonders von den verteuerten Arbeitsbedingungen beeinflusst werden, tritt eine Preissteigerung von zehn Prozent ein.“ Damit sind die Unternehmer freilich stets sehr schnell bei der Hand.

Gegen den gesetzlichen Zehnundentag.
 Am 3. November hat der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin eine Sitzung abgehalten, worin über die Einführung des zehnstündigen Arbeitstages für Arbeiterinnen beraten worden ist. Veranlaßt war diese Maßnahme durch den Umstand, daß im Januar 1906 die süddeutschen Baumwollenspinner und -weber nach dem Vorbild der Augsburger Betriebe voraussichtlich den Zehnundentag und eine zehnprozentige Lohnerhöhung einführen werden. Vor drei Jahren waren die Augsburger Unternehmer nach Begnügen solcher Maßnahmen. In der Sitzung wurde eine Resolution angenommen, die sich „mit Entschiedenheit“ gegen jede weitere Verkürzung der gesetzlich zulässigen Arbeitszeit für die Arbeiterinnen ausspricht, dagegen die „Erwartung“ hegt, daß die Unternehmer in immer höherer Maße freiwillig von der elfstündigen zu der zehnstündigen Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte übergehen werden. Die Motive zu einer solchen Stellungnahme sind klar. Als „freiwillig gewährtes Geschenk“ verhilft die Arbeitszeitverkürzung dem Unternehmern vielleicht ein wenig dazu, so zu sagen kostenfrei in den Genuss besonderer Humanität zu kommen. Auch würden sie nicht um Unrecht, das zugleich mit der gesetzlichen Festlegung Strafbestimmungen für Übertretungen festgelegt werden. Man weiß ja, daß es genug Unternehmer gibt, die auf Gesetz und Recht weisen, wenn es sich um den Profit handelt. Sie werden von den Behörden und den Gerichten zwar immer sehr rücksichtsvoll behandelt, aber ersparte Geldstrafen sind auch Profit. Alle solche „humanen Anwendungen“ sind also kein Grund für die Arbeiterchaft, auf die Forderung gesetzlicher Festlegung einer immer weiter gehenden Verkürzung der Arbeitszeit zu verzichten.

Eine Verkürzung der Arbeitszeit
 von 10 auf 9 Stunden wollen die Farbenfabriken von Fr. Bayer & Co. in Warmen nur freiwillig vornehmen. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung meldet darüber: „Statt um 6 Uhr morgens wird die Arbeit erst um halb 8 Uhr beginnen und mit einer Mittagspause von 12 bis halb 2 Uhr bis 6 Uhr abends dauern. Da die jugendlichen Arbeiter unter 16 Jahren (Anzahl ungefähr 280) gleichzeitig mit den Erwachsenen tätig sein müssen, so kann die neue Ordnung erst in Kraft treten, sobald die Regierung genehmigt hat, daß auch für die jugendlichen Arbeiter die Vor- und Nachmittagspausen in Wegfall kommen. Die Verkürzung der Arbeitszeit soll infolge der damit verbundenen Lohnsenkung im Jahre einige Hunderttausend Mark Mehrkosten ausmachen. Die Fabrikleitung hofft aber, durch den Fortfall der Pausen ein gleichmächtigeres und geregeltes Arbeiten zu erzielen, da die chemischen Prozesse nicht ohne Störung unterbrochen werden können, und im Gegenzug zu den mechanischen nicht an die Tüchtigkeit von Menschen- und Maschinenkraft gebunden sind. Deshalb liegen die Verhältnisse hier anders als bei der mechanischen Industrie (Textil- und Metallindustrie), wo die Leistungsfähigkeit des Arbeiters mehr oder weniger vom Gange der Maschinen abhängt.“ — Die letzten Bemerkungen können wir nicht als richtig betrachten, sie klingen auch fast nur wie eine Entschuldigung gegenüber den Textil- und Metallindustriellen, die von einer Verkürzung der Arbeitszeit nichts wissen wollen.

Die Schwäbische Tagewacht
 hat sich wegen unserer Notiz in voriger Nummer über die Differenzen im Vorkampfe sehr erregt. Sie beschuldigt uns, die über sie gemachte Bemerkung sei das Gegenteil der Wahrheit, denn sie habe in nicht weniger als vier hintereinander folgenden Nummern ihr Mißfallen über das Vorgehen des Vorstandes und der Brechkommision in der

